

Metallarbeiter-Zeitung

WOCHENBLATT DES DEUTSCHEN METALLARBEITER-VERBANDES

Bezugspreis: Monatlich 50 Pf., Einzelnummer 15 Pf.
 Postcheckkonto der Hauptkassa des D. M. V., Berlin Nr. 138262
 Postcheckkonto der Verlagsgesellschaft des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes,
 Berlin Nr. 121218

Verantwortlicher Schriftleiter Fritz Kummer
 Schriftleitung u. Versandstelle: Berlin SW68, Alte Jakobstr. 148
 Fernsprecher: Dönhoff 6750-53

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
 Anzeigen werden bis auf weiteres nicht mehr angenommen.
 Eingetragen in die Reichspostzeitungsliste

Arbeiter und Arbeiterinnen

Eine neue Reichstagswahl steht bevor. Der 14. September wird entscheidend sein für das Schicksal der deutschen Arbeiterklasse.

Die Notverordnungen, die von der Reichsregierung unter Mißbrauch des Artikels 48 der Reichsverfassung erlassen worden sind, reden eine deutliche Sprache. Schonung des Besitzes und schonungslose Belastung der geringen Einkommen, rücksichtslose Abwälzung aller Lasten auf die Schichten des Volkes, die ohnedies durch die furchtbare Arbeitslosigkeit das schwerste Notopfer auf sich zu nehmen haben!

Löhne und Kaufkraft der breiten Massen werden gesenkt. Die soziale Versicherung wird verschlechtert, Arbeitslose und Kranke werden noch größerem Elend preisgegeben. Die sozialen Grundrechte des neuen Staates werden zerschlagen. Der Einfluß der Arbeiterschaft in der Führung des Staates wird planmäßig ausgeschaltet.

In dieser Situation, in der sich auf allen Gebieten der Sozial- und Wirtschaftspolitik der Einfluß des reaktionären Unternehmertums im Parlament immer stärker durchzusetzen droht, gibt es für die Gesamtheit der deutschen Arbeitnehmer nur eine Partei, die sie mit dem Einsatz ihrer ganzen Kraft zu unterstützen hat: Die Sozialdemokratie.

Nur die Sozialdemokratie hat das im neuen Staat geschaffene soziale Recht im Bunde mit den Gewerkschaften verteidigt. Sie hat den Kampf führen müssen gegen die geschworenen Feinde des neuen Deutschlands auf der äußersten Rechten und Linken, aber auch gegen jene Parteien, die auf dem Boden der Weimarer Verfassung zu stehen vorgeben. Sie mußte ihn auch führen gegen manche Arbeitervertreter in den bürgerlichen Parteien, die die Lebensinteressen der Arbeiterschaft in den sozialpolitischen Kämpfen der letzten Vergangenheit widerstandslos preisgegeben haben. Sie steht im Kampf auch gegen alle die radikalen Parteien, die eine hemmungslose Agitation gegen die freien Gewerkschaften führen und ebenso verantwortungslos wie verworren bald den bolschewistischen Sowjetstaat, bald das faschistische „Dritte Reich“ versprechen.

In dem großen Ringen um den demokratischen Ausbau der deutschen Republik, um das wirtschaftliche und politische Mitbestimmungsrecht der Arbeiterklasse, um die Ausgestaltung der Sozialversicherung und die Erweiterung des sozialen Schutzes stehen die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften allein.

Die Reformvorschläge der Sozialdemokratie zur Finanzreform und Wirtschaftsbelebung, deren Grundgedanken die Schaffung neuer Arbeitsgelegenheit und die unbedingte Aufrechterhaltung der sozialen Verpflichtungen des Reiches waren, sind von der Reichsregierung in den Wind geschlagen worden, weil die gegenwärtige Regierung und die hinter ihr stehenden Parteien kein anderes Ziel vor Augen sehen, als eine rein bürgerliche Mehrheit gegen die Sozialdemokratie, gegen die Gewerkschaften, gegen die Arbeiterschaft.

Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands! Die Entscheidung liegt in euren Händen! Der Kampf geht um eure Zukunft! Eure Parole muß sein:

Gegen die liberal-konservative Einheitsfront der sozialen Reaktion!

Gegen die leeren Phrasen der Kommunisten und Nationalsozialisten!

Alle Stimmen der deutschen Arbeiter und Arbeiterinnen für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands!

Vorstand und Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes

Ein Wahlbluff

Preisabbau und Arbeitsbeschaffung werden den deutschen Arbeitern nicht zum erstenmal in Aussicht gestellt. Seit der Beendigung des Krieges ist ihnen das schon mehrere Male versprochen worden, und stets folgte die Enttäuschung. Aber die Regierung Brüning — die doch die der Frontsoldaten sein soll — geht ran wie Blücher. Sie will zeigen, daß man sich auf sie verlassen kann, daß sie hält, was sie verspricht. Unmittelbar vor einer Wahl ist es immer gut, forschen Eifer zu zeigen. Drei Schritte auf dieser Bahn sind bereits gemacht: erstens die Verordnung gegen die Kartelle, zweitens die Aufträge der Post zur Belebung der Wirtschaft, drittens die Aufträge der Eisenbahn zu dem gleichen Zweck.

Allerdings der dritte Punkt, die Bestellungen der Reichsbahn, sind in dem Augenblick, da diese Zeilen geschrieben werden, noch Zukunftsmusik. Immerhin sollen sie noch bevorstehen. Am 30. Juli wurde der Öffentlichkeit mitgeteilt, die Deutsche Reichsbahngesellschaft werde, laut Abkommen mit der Regierung, für 350 Millionen Mark neue Bestellungen mehr erteilen als vor dem beabsichtigt war. „Zur Belebung der Wirtschaft und zur Linderung der Arbeitslosigkeit.“ Man kann ruhig annehmen, daß sie das wirklich tun wird, obwohl der frohen Botschaft alsbald die Einschränkung folgt: im Einklang mit den dafür zu beschaffenden Mitteln. Sie werden das Geld aufbringen, und wenn es noch so schwer fallen sollte. Denn es winkt eine starke Verlockung: die Reichsbahn.

„hat sich (der Regierung gegenüber) verpflichtet, die Aufträge nur zu Preisen zu vergeben, die hinter den zur Zeit bestehenden Preisen erheblich zurückbleiben.“ Das wäre ein schlechter Kaufmann, der nicht Himmel und Hölle in Bewegung setzte, wenn ihm die Aussicht winkt: 10 vH billiger zu kaufen. Zumal ihm zugleich die Pflicht auferlegt wird, an seinen Unkosten, namentlich an seinen Arbeitslöhnen, zu sparen. Das wird nun der Welt in der Form verkündet, daß die Reichsbahn sofort in Höhe von etwa 272 Millionen Mark „die Wirtschaft befruchten“ und dadurch in den letzten Monaten dieses Jahres für schätzungsweise 180 000 Menschen Arbeitsgelegenheit schaffen werde. Hoffen wir also. Indessen fällt ein Tropfen Wermut in den Becher der Freude, wenn wir in denselben An-

kündigung an zwei Stellen lesen, es würden dabei Bestellungen vorweggenommen, die für das Jahr 1931 bestimmt waren. Wenn die nun schon in diesem Jahr ausgeführt werden, dann fehlen sie doch im nächsten Jahr, und es wird dann um genau soviel weniger Arbeitsgelegenheit vorhanden sein. Und wenn wir, von diesem Punkt aus, weiter nachdenken, so sagt uns der gesunde Menschenverstand, daß die Reichsbahn, genau so gut wie jedes andere Unternehmen, unmöglich etwas anderes und unmöglich mehr bestellen kann, als sie braucht. Es ist also im Grunde gar keine Vermehrung von Aufträgen, sondern nur eine Verschiebung, Verlegung auf frühere Zeit. Doch dabei wollen wir uns jetzt nicht aufhalten.

Kommen wir zu den Aufträgen der Post. Die sind, laut Ankündigung vom 1. August, in Höhe von 200 Millionen Mark schon erteilt. Da kann also niemand dran nörgeln. Auch hier eine Preisermäßigung um durchschnittlich 10 vH, und überdies ist den Firmen, die die Aufträge bekommen, zur Bedingung gemacht: keine Ueberstunden, Einstellung neuer Arbeitskräfte für diese Aufträge und Verwendung nur inländischer Materialien. Da sieht man doch wie und wo.

Es läge sehr nahe, zu diesen Bedingungen etwas zu bemerken, z. B. daß für diese Aufträge neue Arbeitskräfte eingestellt werden, denn dies hindert ja nicht die Entlassung anderer, bisher beschäftigter Arbeiter, wie das gerade in der Metall- und Holzindustrie gegenwärtig in riesigem Maßstabe geschieht. Ob bei den Postaufträgen wirklich keine Ueberstunden gemacht werden, wird sich erst noch zeigen, wenn die Berichte unserer etwa betroffenen Mitglieder eingehen.

Doch wir wollen uns nicht dem Vorwurf unnötiger Nörgelei aussetzen. Warten wir also ab, wie sich die Sache in der Praxis gestaltet. Die Regierung Brüning mag hoffen, daß sich die praktischen Auswirkungen nicht vor dem 14. September zeigen. Unmöglich aber können wir vorübergehen an folgender Bemerkung, die ein bürgerliches Wirtschaftsblatt in diesem Zusammenhang macht:

„Die Reichspost vertritt dabei den Standpunkt, daß sie mit diesen Aufträgen bereits ihr Teil zur Belebung der deutschen Wirtschaft beigetragen hat. Die Industrie dagegen sei anderer Meinung, weil die Post-

aufträge ganz allgemein in diesem Jahr noch einen erheblichen Anteil vom gesamten Geschäftsumfang des Vorjahres ausmachen. Die Industrie sieht darin den Versuch, die Sonderbestellungen auf Kosten der regulären Bestellungen, die ohne das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Regierung erteilt worden wären, zu vergrößern.“

Mit anderen Worten: unter Einrechnung der Sonderaufträge „zur Ankurbelung der Wirtschaft“ hat die Post in diesem Jahr noch lange nicht so viel bestellt wie im vorigen Jahr. Die Industrie glaubt deshalb, die Post habe nur die famose Gelegenheit benutzt, um für Aufträge, die sie sowieso hätte geben müssen, unter dem Vorwand von Sonderbestellungen die Preise um 10 vH zu drücken.

Wahrscheinlich hat die Industrie Recht. Denn wieder sagt uns der gesunde Menschenverstand, daß auch die Post unmöglich Dinge bestellen kann, die sie nicht braucht oder mehr als sie davon braucht. Wenn es aber so ist, dann beschaffen auch die Postaufträge keine vermehrte Arbeitsgelegenheit, sondern im günstigsten Fall werden Arbeiten, die für später bestimmt waren, etwas früher vorgenommen. Und all die schönen Wahlreden, die die Regierungsparteien ob ihrer Belegung der Wirtschaft halten werden, ja sogar die schon unternommenen Taten zur Arbeitsbeschaffung dürften sich als Bluff erweisen.

Es sei noch daran erinnert, daß die Maßnahmen zur Linderung der Arbeitslosigkeit schon deshalb auf die Dauer scheitern müssen, weil sie von einer ganz falschen Voraussetzung ausgehen. In der „Metallarbeiter-Zeitung“ wurde wiederholt nachgewiesen, daß die Massenarbeitslosigkeit in der Hauptsache gar nicht verursacht wird durch zu geringe Produktion, sondern dadurch, daß zur Produktion immer weniger Arbeitskräfte gebraucht werden. Mit anderen Worten: durch die kapitalistische Rationalisierung. Dies wird aufs neue eindringlich bestätigt durch die Schilderung des Genossen Faust in Nr. 29 der „Metallarbeiter-Zeitung“ in seiner „Reise durch rationalisiertes Land“: „Was sofort auffällt, ist die gähnende Leere der Werkstätten und Betriebsanlagen. Einsame, gespenstische Maschinen von riesenhaften Ausmaßen und eintöniger Bewegtheit, zwischen denen selten genug ein Mensch auftaucht. . . Der Mensch wird von der Maschine aus der Produktion verdrängt.“ Hieran will und kann Herr Brüning ganz gewiß nichts ändern, im Gegenteil. Werden die Preise um 10 vH gedrückt, so werden die Unternehmer um so fieberhafter nach immer besseren, immer mehr arbeitsparenden Verfahren suchen und werden sie auch finden.

Es läßt sich deshalb voraussagen: selbst wenn die Aufträge der Post und der Reichsbahn neue Arbeitsgelegenheit schaffen würden, was sie, wie wir gesehen haben, nicht tun, so könnte das doch nur für ganz kurze Zeit sein. Bald wird die fortgesetzte Rationalisierung auch diese Arbeiter wieder und noch mehr dazu auf die Straße gesetzt haben. Dagegen kann kein Brüning helfen, sondern nur der Sozialismus, der für die Freigesetzten stets neue Beschäftigung hat, weil er nicht für den Profit, sondern für den Bedarf produziert. Ibykus.

Die große Lüge

Wie hat sich die Eisenpreissenkung ausgewirkt?

Als die rheinisch-westfälische Schwerindustrie vor Monaten gellend zum Abbau der Löhne blies, behauptete sie kühn, den Stein der Weisen gefunden zu haben: manbranche nur die Eisenpreise zu senken und die Wirtschaft würde sich beleben. Man hat dann die Preise für wichtige Eisensorten im Ausmaß von 2 bis 4 vH erniedrigt. Die Kosten trug die Arbeiterschaft durch Lohnabbau. Diese Arbeiterschaft hat also ein Recht zu fragen, was mit der Lohnkürzung erreicht worden ist? Das ist eigentlich eine müßige Frage. Der Arbeitsmarkt gibt eine eindeutige Antwort darauf. Aber es tut gut, einmal im einzelnen zu verfolgen, wie die Aktion der Eisenpreissenkung Schiffbruch gelitten hat. Zu diesem Zweck zitieren wir aus den monatlichen Übersichten der Industrie- und Handelszeitung, die ja der Regierung, auch finanziell, nahesteht. In diesen unverdächtigen Übersichten heißt es u. a.:

Aus dem Inhalt

	Seite
Arbeiter und Arbeiterinnen — Ein Wahlbluff — Die große Lüge	257
Zentrums-Wahlspeck — Ende des Mansfelder Streiks	258
Mechanisierung der Erntearbeiten	259
An der Gedächtniskapelle — Der Hunger	260
Die reformierte „Reform“ — Die Polizei in Haushalt und Wohnung	261
Wahltag - Gerichtstag — Vom Vorstand — Allg. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter	262
Ende der internationalen Rohstahlgemeinschaft?	263
Von dieser „schlechten“ Wirtschaftslage — „Unsichtbarer Lohn“	264

Zentrums-Wahlspeck

Geliefert vom Christlichen Metallarbeiter-Verband

In der Eisenindustrie hat sich die Rohisenproduktion leicht vermindert, Rohstahl und Walzwerkzeugen liegen kaum auf vormonatlicher Höhe. Weiter verschlechterte Beschäftigung in schwerem Eisenoberbaumaterial, ungenügende Ausnutzung der Grob- und Mittelwalzwerkstraßen. So geht es weiter. Von einer Anregung keine Spur. Der Eisenhandel hält sich zurück. Es wird völlig unzureichende Auftragserteilung in Formeisen konstatiert. Auch am Stahleisenmarkt hat die Geschäftsstille angehalten. In Stahlfabrik und Wellen sind die Bestellungen unzulänglich. Der Auftragsengang beim Universaleisen ist schleppend. Schlechter Absatz in warm- und vor allem auch kaltgewalzten Bandeseisen. Auch hier könnten wir in unserer Aufzählung fortfahren. Wir greifen keine besonderen Verschlechterungen heraus, sondern wir zitieren aus den Uebersichten ganz willkürlich. Die Maschinenindustrie, die ja von einer Eisenpreissenkung in erster Linie hätte profitieren müssen, konstatiert klipp und klar: „Noch keine Preisermäßigung in Auswirkung der Eisenpreissenkung.“ Damit wird bestätigt, daß die Maschinenindustrie an keine Preissenkung denkt. Man hatte sogar die Kühnheit zu verlaublichen, man solle froh sein, wenn keine Preiserhöhungen eintreten. Die Bau- und Baustoffindustrie, die als Schlüsselindustrien durch die Eisenpreisermäßigung angeregt werden sollten, haben „ungenügenden Auftragsbestand und Auftragsengang in allen Branchen.“ Besonders ist der „Rückgang des Auftragsenganges unverkennbar.“ Wo „leichte Anzeichen einer Besserung“ zu konstatieren sind, werden sie als „saisonmäßig bedingt“ bezeichnet.

Wir gehören ohne Zweifel zu denjenigen, die jeder Preissenkungsaktion den größten Erfolg wünschen, weil ein solcher Erfolg mit unserer wirtschaftspolitischen Auffassung, über Kaufkraftkräftigung zur Ueberwindung der Krise zu kommen, zusammenfällt. Wir haben aber der Eisenpreissenkung von Anfang an skeptisch gegenübergestanden. Wir haben leider recht behalten. Suchen wir nach dem Gründen:

Die Eisenpreissenkung war durchaus ungenügend. Sie hätte zumindest im doppelten Ausmaß erfolgen müssen, um sich auf die nachfolgenden Stufen der Produktion auszuwirken. Dieselbe Eisenindustrie, die mit Lohnabbau auf Kosten der Arbeiterschaft die ungenügende und unwirksame Eisenpreissenkung durchführte, scheute vor einer wirksamen und genügenden Eisenpreissenkung zurück, die ihr Geld gekostet hätte. Profitanteile sind in der deutschen Wirtschaft bekanntlich Naturschutzgebiet.

Mittlerweile haben wir ja auch erfahren, daß man mit dem Lohnabbau gar nicht die Preise in Deutschland senken wollte. Man führt mit dem Lohnabbau den Kampf auf den Weltmärkten. Hier werden Millionen und aber Millionen verpulvert. Aber unkritischen Geistern erzählt man immer noch, daß die Schwereisenindustrie eine Wohltätigkeitsanstalt sei und daß sie sich um die Anregung der Wirtschaft bemühe. Wenn es einen Lehrstuhl für Demagogie gäbe, so müßte man den „Erfinder der Eisenpreissenkung“ für ihn als Lehrer berufen.

Die Riesengewinne des Siemens-Konzerns

Wie hier schon in der letzten Woche dargelegt wurde, hatte der Siemens-Konzern die Absicht, die Gehälter aller Angestellten um 22 vH zu kürzen, und als die Angestellten dem nur zustimmen wollten, wenn ihnen Schutz vor Kündigung für das nächste Halbjahr zugesichert würde, schritt der Konzern zu umfangreichen Entlassungen. Angesichts dieser brutalen Schonungslosigkeit soll daran erinnert werden, daß diese Firma zu denen gehört, die die größten Gewinne in Deutschland machten und über die größten Reserven verfügen. Vor der deutschen Öffentlichkeit wurden diese Gewinne verheimlicht.

Der Siemens-Konzern verteilte im letzten Jahr eine Dividende von „nur“ 14 vH. Als er aber im Anfang dieses Jahres in Amerika eine 150-Millionen-Mark-Anleihe für die Erweiterung seiner Geschäfte aufnahm, war er, um die Zeichner der Anleihe anzulocken, in bezug auf seine Gewinne etwas mitteilbarer und gab für das letzte Geschäftsjahr einen Reingewinn an, der, wie im Prospekt steht, 44% vH des Aktienkapitals ausmacht. Die Handelspresse war einig darin, daß auch noch diese Angabe den Reingewinn stark unter seiner wirklichen Höhe zeigte, was auch schon dadurch hervorgeht, daß der im amerikanischen Prospekt ausgewiesene Reingewinn von 45 Millionen Mark nicht die Gewinne, sondern nur die Dividenden wichtiger Tochtergesellschaften, wie Osram und Siemens-Bau-Union, enthielt. Allgemein wurde darauf hingewiesen, daß der Siemens-Konzern wie kaum ein anderer „Selbstfinanzierung“ betrieb, d. h. gewaltige Neuanlagen aus laufenden Gewinnen errichtete.

Diese Uebergewinne stammen, wie ebenfalls allgemein bekannt ist, von überhöhten Preisen, die der Siemens-Konzern der Reichspost berechnet. Gelegentlich der jüngsten Angriffe gegen den Siemens-Konzern wegen der Ausbeutung der Reichspost, verteidigte sich dieser damit, daß im Auslandsgeschäft die Herabsetzung der Preise aus Konkurrenzgründen unvermeidlich ist und daß er der Reichspost von den niedrigeren Auslandspreisen jeweils Mittelzahlung machte. Wohlwiegend verschwiegen aber die Siemens-Leitung, daß sie auch die inländischen Bezüge zu erheblich niedrigeren Preisen beliefern als die Reichspost. Dieser Konzern, der sich auf Kosten des Staates bereichert, benutzt nun die erste Gelegenheit seine Angestellten abzuhauen und da sie heute keine Anstellung erhalten können, dem Elend preiszugeben.

Zeichen der Besserung?

Nach dem letzten Bericht des Stahlwerksverbandes hat der Auftragsbestand im Juli in einigen Teilen eine Besserung erfahren. Sowohl in Formeisen als in Stabeisen sind die Bestellungen reichlicher eingelaufen. Auch das Röhrenkartell meldet größere Auftragsengänge. Namentlich ist das Geschäft nach Uebersee besser geworden, was wohl auf die scharfen Preisanklagen infolge Lockerung der Bestimmungen der Internationalen Rohstahlgewerkschaft zurückzuführen ist. Die deutsche Industrie ist in ihren wichtigsten Zweigen noch verhältnismäßig gut beschäftigt und meldet teilweise Belagungen. Einzelne Teile des Textilgewebes, wie die Kamgarweberei, Stoffhandelsindustrie, Trikotagenindustrie und andere, verfügen über einen verhältnismäßig günstigen Auftragsbestand. Da die Reichspost und die Reichspost ihre zusätzlichen Bestellungen jetzt herausgeben und das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung bald zur ersten Auswirkung kommen soll, so ist auch von dieser Seite vielleicht eine stärkere Belagung zu erwarten.

ZUR BEACHTUNG!

Die gesamte Hauptverwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes befindet sich nun in Berlin. Es sind daher alle Briefe und Sendungen für den Vorstand, die Kasse, Schriftleitung, Versandstelle usw. zu richten nach

Berlin SW 68, Alte Jakobstr. 148

Kürzlich hielt die Belegschaft eines großen Werkes am Neckar eine Betriebsversammlung ab. Im Verlaufe der Aussprache meldete sich ein Mitglied des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes und sprach allen Ernstes von (freiwilligem) Lohnabbau und Akkordverkürzungen in solchen Betrieben, wo die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes die Mehrheit haben oder haben sollen. Es stellte sich bald heraus, daß der Redner aus dem Rundschreiben vortrug, das die Zentrale des Christlichen Verbandes kurz vorher versandt hatte. Der christliche Kollege kam in eine sehr peinliche Lage. Das Vertrauen auf die Zuverlässigkeit seiner Organisationsleitung hatte ihn handgreiflichen Unsinn vortragen lassen.

Aber nicht nur die christlichen Verbandsmitglieder werden mit solchem Unsinn von der Zentrale des Christlichen Verbandes versorgt, sondern auch die Öffentlichkeit. Das Zentrumsblatt „Der Deutsche“ (vom 23. Juli) bringt eine Liste von Firmen, wo gleichfalls „der Deutsche Metallarbeiter-Verband bzw. die überwiegend sozialdemokratisch eingestellten Betriebsmitglieder einem Lohnabbau zugestimmt“ haben sollen. Und am Schluß dieser garstigen Geschichte tuschelt das Zentrumsblatt: „Gerade sie (die freien Gewerkschaften) waren die besten Wegbereiter und Schrittmacher für die Arbeitgeberabsichten...“ Nicht übel, was?

Man darf natürlich diese Geschichten nicht tragisch nehmen. Die Zentrumsparthei ist jetzt in einer bestimmt nicht beneidenswerten Lage. Sie muß, um ihre proletarischen Wähler bei der klerikalen Stange zu halten, die öffentliche Aufmerksamkeit von den arbeiterfeindlichen Missetaten der Regierung Brüning und von dem verbindlich erklärten Lohnraub des Ministers Stegerwald ablenken. Das ist, wie jeder zugestehen wird, keineswegs leicht. Dazu bedarf es außergewöhnlicher Anstrengung. Für den hohen Zweck müssen alle Mittel genutzt werden. So gut wir nun auch die Notlage des Zentrums und seines gewerkschaftlichen Gefolges verstehen, und so gerne wir seine Wahlmärchen mit dem Mantel der Liebe zudecken möchten — ein paar Richtigstellungen können wir nicht umgehen. Dies schon, um die armen christlichen Gewerkschafts- oder Betriebskollegen vor Lachsalven und ähnlichem Ungemach zu bewahren, wenn sie das Material vortragen, das ihnen von einer Stelle geliefert wird, die um jeden Preis Wahlagitation für das arg im Gedränge steckende Zentrum zu treiben hat. Wir wollen uns aber kurz, ganz kurz fassen.

Nun zu dem Rundschreiben des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes. Es ist betitelt: Lohn- und Akkordabbau in sozialistischen Hochburgen. So schönurrig wie die Ueberschrift ist die lange Nachschrift. Sie behauptet zum Beispiel:

„Fa. Daimler-Benz in Gaggenau. Ab 2. Januar 1930 Kürzung der Akkorde um 20 vH. Der Betriebsrat besteht aus 15 Mitgliedern des DMV und einem Mitglied des CMV (Christlichen Metallarbeiter-Verband).“ — Dazu ist zu bemerken, daß der Betriebsrat dieser Firma seine Zustimmung zu einem Abzug nicht gegeben hat, auch der DMV hat nicht zugestimmt, sondern die Belegschaft hat darüber abgestimmt, wobei von 1662 Abstimmenden 976 mit Ja, 577 mit Nein (bei 109 ungültigenzetteln) gestimmt haben. Angesichts dieses Stimmresultates konnte der Betriebsrat nichts weiter unternehmen.

Weiter behauptet das christliche Rundschreiben: „Fa. Kortenbach u. Rauh in Solingen-Wald. Der Akkordabbau betrug 10 vH. Der Betriebsrat besteht aus fünf Mitgliedern

des DMV und zwei des CMV. Belegschaft 400 Mann.“ — Dazu ist zu bemerken: Der Firma ist seit dem Herbst des vorigen Jahres zweimal von den Geschäftsführern des DMV und des CMV bedeutet worden, daß die beiden Verbände einem Abzug nicht zustimmen. Daraufhin steckte sich die Firma hinter den Betriebsrat, dessen Vorsitzender Mitglied des Christlichen Verbandes ist und Hammes heißt. Dieser Mann traf einen Abbruch von 11 vH, von 1,20 von 10 vH usw. gestaffelt bis herunter zu 4 vH erfahren sollten. Durch den Abbruch des christlichen Betriebsratsvorsitzenden war der Belegschaft das Rückgrat gebrochen und erklärte sich bereit, zu den neuen Akkordsätzen zu arbeiten. Wie die Belegschaft über den christlichen Obmann denkt, beweist seine Nichtwiederwahl.

Weiter behauptet das christliche Rundschreiben: „Fa. Luitpoldhütte in Amberg. Verdienstminderung, soweit es sich nachprüfen läßt, 15 vH.“ Von den organisierten Arbeitern gehören 60 vH zum DMV.“ — Dazu ist zu bemerken: Seit 26. Oktober 1929 besteht in der Oberpfälzer Hüttenindustrie, zu der das genannte Werk zählt, ein tariflich geregeltes Lohnverhältnis. Bis heute ist weder einem Betriebsrat noch dem DMV ein Antrag auf Lohnabbau gestellt worden. Bei den Gießereibetrieben und deren Nebenbetrieben wurde in Befragung auf § 8, Ziffer 5 des Tarifvertrages versucht, die Akkorde zu ändern. Da darin gesagt ist, daß Akkordpreise und -zeiten nur bei technischen Verbesserungen und dergleichen geändert werden dürfen, ist in jedem einzelnen Falle eines Akkordänderungsversuches von dem DMV, Einspruch erhoben worden, soweit er davon nur immer Kenntnis erhielt. In den meisten Fällen wurde dadurch die versuchte Kürzung unterbunden oder die Arbeitsgerichte angefordert.

Weiter behauptet das christliche Rundschreiben: „Fa. Hedderheimer Kupferwerke in Köln-Ehrenfeld...“ Der Abzug betrug bei allen Stücken 18 vH = 25 Pf. bei 28 Pf. pro Stunde. In Verhandlungen... ermäßigte die Firma den Abzug von 18 auf 13 Pf. Eine Einigung war nicht zu erzielen. Die Arbeit ruht.“ — Dazu ist zu bemerken: Die Gießerei des stillgelegten Werkes wurde im April wieder eröffnet. Hierbei mußten die Wiedereingestellten einen Revers unterschreiben, gleichzeitig wurde ein Verminderung der alten Akkordsätze um 18 vH vorgenommen. Die Geschäftsleitung des DMV hat sich sofort gegen die Machenschaft der Werkeleitung zur Wehr gesetzt. Durch Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband ging die Firma mit den Abzügen auf 5 vH zurück. Bei diesen Verhandlungen bot der Bevollmächtigte des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes, Klauke mit Namen, der Firma und dem Arbeitgeberverband an, es doch bei einem Abzug von 10 vH bewenden zu lassen. Von dem DMV wurde dann der Akkord aufgekündigt, den Kollegen aufgegeben, im Lohn nur soviel zu leisten, wie sie vor dem Abzug für den tariflichen Stundenlohn im Akkord leisten mußten. Darauf ging die Leistung erheblich zurück. Die Direktion entließ zwei Drittel der Leute, das andere Drittel erklärte sich solidarisch. Der Anstand hat 9 1/2 Wochen gedauert. Am 12. Juli wurde die Bewegung durch eine Vereinbarung beendet, die auch die Unterschrift des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes trägt.

Genug des Zitierens aus dem christlichen Rundschreiben und des Richtigstellens. Die Verfasser des Rundschreibens haben sich offenbar in ihrem Eifer, Wahlspeck für die Zentrumsparthei zu besorgen, stark übernommen. So plump darf man es nicht machen. Doch soll uns das nicht kümmern. Die armen Kerle von christlichen Arbeitern aber, die das Wahlmaterial ihrer Zentrale verdauen und verwenden müssen, verdienen allgemeines Mitleid. Man sollte sie nicht auslachen, sondern den Klingelbeutel für sie rumgehen lassen. Denn wer solchen zentriemlichen Wahlspeck verbreiten muß, ist eines ordentlichen Entgelts würdig.

Ende des Mansfelder Streiks

Von nächstbeteiligter Seite wird uns geschrieben:

Die Direktion der Mansfelder Werke wollte bekanntlich durch ein Diktat die Löhne und Verdienste um 15 vH verringern. Alle Versuche der Gewerkschaften, die Absicht zu vereiteln, waren erfolglos. Der Versuch des Schlichters, einen Vergleich in der Weise herbeizuführen, daß zunächst eine geringe Lohnherabsetzung erfolge, um Ende Juni weiter zu verhandeln, wurde sowohl von der Unternehmensvertretung wie auch von den Gewerkschaften abgelehnt. Daraufhin hat die Werksdirektion die neuen Lohnsätze bekanntgegeben und gleichzeitig mitgeteilt, daß das Arbeitsverhältnis derjenigen, die zu diesem verringerten Lohn nicht arbeiten wollen, als gekündigt zu betrachten sei. Gegen diese willkürliche Anordnung haben sowohl die Arbeiter wie die Gewerkschaften den schärfsten Protest erhoben.

Die Lösung der Gewerkschaften, das Unternehmerangebot abzulehnen, wurde fast einmütig von der Arbeiterschaft befolgt. In allen Betrieben der Mansfeld AG wurde vom 2. Juni an nicht gearbeitet. Nachgerade einmütig haben die Arbeiter durch die Arbeitsverweigerung zu erkennen gegeben, daß sie das Lohndiktat ablehnen. Als der Anstand an die fünfte Woche herangekommen war, kam es zu vorderhand unverbindlichen Verhandlungen, die allgemach darauf hinausliefen, daß sich die Reichs- und die preussische Regierung zu einer Geldhilfe bereit erklären sollten, die nach Meinung der Werksdirektion notwendig sei, um eine dauernde Betriebsstilllegung zu verhindern. Wenn eine solche Unterstützung gesichert sei, werde sich die Direktion mit einer geringeren Herabsetzung der Löhne als 15 vH zufrieden geben. Dabei machten die Vertreter des Reichsfinanzministeriums den Vorschlag, es dann bei einer Lohnsenkung von 9,5 vH bewenden zu lassen.

Die Gewerkschaften prüften selbstverständlich unausgesetzt die Streiklage oder die Erfolgsmöglichkeiten. Diese verminderten sich leider mit der Dauer des Anstandes. Es mußte von einem Tage zum andern damit gerechnet werden, daß die Kampffront bröckelte. Andererseits war auch nicht zu verkennen, daß selbst durch das Standhalten der Front solange nicht viel zu holen war, als nicht der sehr niedrig stehende Kupferpreis eine Erhöhung erfuhr. Dessen ungeachtet hat sich die Vertretung unseres Verbandes nicht verbeht, und sie hat das deutlich ausgesprochen, daß es die Gewerkschaften sehr belaste, wenn sie einer Vereinbarung ihre Zustimmung gäben, die eine Lohnverringerung enthalte.

Es konnte freilich weder der Reichsarbeitsminister noch eine andere Stelle veranlaßt werden, eine für die Arbeiter günstigere Verhandlungsgrundlage durch ein Schlichtungsverfahren zu schaffen, weil durch ein solches die staatliche Geldhilfe nicht zu sichern ist. Unter Berücksichtigung aller dieser Umstände kam man überein, daß die Ausständigen selbst über den Vorschlag entscheiden sollten.

In der Konferenz am 16. Juni wurde nach eingehender Aussprache mit 80 gegen 40 Stimmen beschlossen, den Vergleichsvorschlag anzunehmen und den Streik für beendet zu erklären. Von allen Rednern wurde auf die Dauer des Streiks und auf das schlechte Organisationsverhältnis verwiesen. Nach Meinung der Redner war ein anderes Ergebnis auch bei weiterem Streik nicht zu erwarten.

Der große Teil der Ausständigen konnte sich den Gründen der Funktär-Konferenz oder ihrem Beschluß nicht verschließen. Der Beschluß wurde dann, wenn auch mit schwerem Herzen, befolgt. Der Entschluß mag den Ausständigen durch die Erwägung erleichtert worden sein, daß doch wenigstens die ursprüngliche Absicht der Werksleitung, den Lohn um 15 vH zu kürzen, nicht geglückt ist, sondern daß die Kürzung 6 vH weniger beträgt.

Für die Vertretung unseres Verbandes war die Lage recht schwierig geworden. Wenn er durch Unterschrift diese Vereinbarung anerkannt hätte, hätte bestimmt damit gerechnet werden müssen, daß die Metallindustriellen eine ähnliche „wirtschaftliche Maßnahme“, das heißt eine Lohnkürzung, von unserem Verband verlangt und sie mit dem Beispiel von Mansfeld begründet hätten. Aus diesem Grunde und natürlich aus noch andern nicht weniger wichtigen hat unsere Verbandsvertretung ihre Unterschrift zu der Vereinbarung nicht gegeben, freilich auch erklärt, der führenden Organisation, dem Bergarbeiter-Verband, keine Schwierigkeiten zu bereiten, nachdem die Funktäre der Vereinbarung zugestimmt hatten. An ein Weiterstreiken der Metallarbeiter allein war natürlich nicht zu denken.

Den Verlauf dieses denkwürdigen Anstandes kann man im großen und ganzen als gut bezeichnen. Die Versuche der Werksleitung, Arbeitswillige in größerer Zahl zu beschaffen, konnten durchkreuzt werden. Ob das noch weiter möglich gewesen wäre, stand in Anbetracht der zahlenmäßigen Schwäche der Organisierten und sonstiger widriger Umstände sehr in Frage, wenn der Anstand nicht durch Beschluß der Funktäre, die die Stimmung ihrer Kameraden wohl kannten, ein Ende gefunden hätte.



TECHNIK U. WERKSTATT



Mechanisierung der Erntearbeiten

Von Ingenieur Christoph Carlowitz

Die langjährigen Bemühungen der Industrie, eine allen Ansprüchen genügende Maschine zum Ernten der Zuckerrüben zu bauen, die die teure Handarbeit möglichst weitgehend ausschaltet, dabei in der Bedienung denkbar einfach und im Preis auch für die kleineren Landwirte erschwingbar ist, haben endlich den gewünschten Erfolg gehabt. Im Herbst 1927 fanden in den rübenbauenden Gegenden Deutschlands Vorführungen der vorhandenen Systeme statt, um den Landwirten Gelegenheit zu geben, die Maschinen auf Grund eigener Anschauungen beurteilen zu können.

Die einfachste und billigste Rübenerntemaschine ist der Pommritzer Rodepflug (ausprobiert in der Versuchsanstalt Pommritz), bei dessen Verwendung die Rüben vor dem Roden allerdings wie bisher von Hand geköpft werden müssen. Das Köpfen geschieht mittels einer besonderen Köpfschuppe, deren langer Stiel es den Arbeitsfrauen ermöglicht, ihre Tätigkeit in stehender Stellung auszuführen. Nach dem Köpfen des Rübenkrautes kann der Rodepflug in Tätigkeit treten. Es ist dies ein zweirädriges Gerät, im Vordergestell dem üblichen Pflug völlig gleichend, im Hintergestell jedoch statt der Pflugschare einen Rahmen tragend, an dem die beiden Bodenmeißel befestigt sind. Die beiden Bodenmeißel haben etwa 12 Zentimeter Abstand voneinander. Sie greifen unter einem Winkel von ungefähr 30 Grad in das Erdreich. Der Rodepflug wird so gesteuert, daß die beiden Bodenmeißel die im Boden steckende Zuckerrübe von beiden Seiten (in der Zugrichtung gesehen) von unten her zwischen sich nehmen und nach oben drängen. Da der von zwei Pferden gezogene Pflug stetig weiter gezogen wird, so schieben sich die Rüben auf den etwa ¼ Meter langen Bodenmeißeln nach oben und fallen schließlich von den Meißeln wieder auf die Erde herab. Damit sie nun nicht in der von den Bodenmeißeln gebildeten Furche verlorengehen, ist der Rahmen des Rodepfluges mit zwei Zustreicherblechen ausgerüstet, die dicht hinter den Bodenmeißeln die entstandene Furche sogleich wieder zustreichen, ehe die von den Meißeln herabfallende Rübe zur Erde fällt. Die Rüben kommen deshalb auf das zugestrichene Erdreich zu liegen, von wo sie aufgelesen und zu Haufen gesammelt werden können.

Um die gerodeten Rüben von dem anhaftenden Erdreich möglichst zu reinigen, ist es angebracht, eine Egge an den Rodepflug zu hängen. Bei leichtem Boden genügt auch eine gewöhnliche starre Egge. Zur Fortbewegung des Pommritzer Erntepfluges mit angehängter Egge genügen zwei Pferde, die allerdings geführt werden müssen. Der Pflug selbst muß ebenfalls gesteuert werden, damit die Bodenmeißel immer genau die Zeile innehalten. Zum Köpfen der Rüben, zum Häufeln des Krautes und der Rüben sind etwa 10 Frauen nötig. Tagesleistung bei 50 Zentimeter Reihenweite etwa 3 bis 4 preussische Morgen (zu ¼ Hektar).

Da bei dem eben geschilderten Verfahren noch die Rüben mittels der Köpfschuppe geköpft werden müssen, so kann man das Pommritzer Ernteverfahren als halbmechanisches Verfahren bezeichnen. Im Gegensatz dazu gibt es auch ganzmechanische Verfahren, bei denen das Köpfen der Rüben mittels einer Maschine geschieht. Siedersleben u. Co. in Bernburg baut eine solche Köpfschuppe sogar für zwei Reihen Rüben. Das Köpfen der Rüben geschieht mittels zweier rotierender kreisförmiger Messer, ähnlich dem Messer einer Wurfschneidemaschine. Für jede Reihe genügt ein Messer. Der Antrieb der Messer erfolgt zwangsläufig durch Übertragung von einer Achse der vierrädrigen Maschine. Die Messer drehen sich also nur, sobald die Maschine fortbewegt wird. Außerst schwierig war die Aufgabe, die Höhe der Messer über dem Erdboden den ständig wechselnden Bodenerhebungen oder der jeweils vorhandenen Höhe des Rübenkopfes über den Erdboden genau anzupassen. Die Rüben wachsen ja nicht gleichmäßig. Die Aufgabe wurde gelöst durch besondere Taster, die dicht vor jedem Messer die zu köpfende Rübe abtasten, sie gewissermaßen auf ihre Erhebung über dem Erdboden befühlen. Die Taster stellen nach dem jeweiligen Befund jeder Rübe das auf der Achse verschiebbar angeordnete Messer ein, und so ist es tatsächlich gelungen, die schwierige Aufgabe der mechanischen Rübenköpfung zu meistern.

Die Siederslebener zweireihige Rübenköpfmaschine muß von zwei Pferden gezogen werden. Steuerung und Bedienung kann durch den Kutscher erfolgen. Zur Häufelung des Krautes sind 4 bis 6 Frauen nötig. Tagesleistung etwa 6 Morgen (zu ¼ Hektar) bei 50 Zentimeter Reihenentfernung.

Eine ebenfalls von Siedersleben gebaute Rodemaschine für zwei Reihen rodet die Rüben in gleicher Weise wie der Pommritzer Pflug. Sie klopft gleichzeitig Erde ab und legt die Rüben in einer Reihe ab. Zugkraft: 4 bis 6 Zugtiere oder besser, ein stärkerer Traktor, an den gleich die Köpfschuppe seitlich mit angehängt werden kann. Zur Bedienung der Rodemaschine gehört ein Gespannführer und ein Steuermann. 4 bis 6 Frauen müssen die Rüben häufeln. Tagesleistung der Maschine bei Gespannzug etwa 7 Morgen (zu ¼ Hektar) bei 50 Zentimeter Reihenentfernung.

Das Roden der von Hand geköpften Rüben kann schließlich statt mit einem Rodepflug auch mit einer Schleuderradmaschine, System Doering, vorgenommen werden. Der Landwirt kann also eine Kartoffelrodemaschine beliebigen Fabrikates, möglichst mit handlicher Tiefenverstellung der Schar, mit besonderer Rübenrodeschar verwenden, die an Stelle der gewöhnlichen Kartoffelschar angebracht wird. Die Maschine

kostet je nach Ausführung 320 bis 420 M., die Rübenrodeschar ist allein für 70 M. zu erstehen. Hersteller der Rübenrodeschar sind die Firmen W. Stoll, Torgau a. d. Elbe, und die Maschinenfabrik Wünsche in Herrnhut (Sachsen).

In Amerika hat man die in gleicher Weise arbeitenden Maschinen noch insofern vervollkommen, als von ihnen die abgeschnittenen Blätter und die gerodeten Rüben, je für sich getrennt, in Behältern gesammelt und zeitweilig in Haufen abgeworfen werden. Das Sammeln und Häufeln des Krautes und der Rüben fällt damit weg und die abgeworfenen Haufen brauchen nur noch mit der Gabel verladen werden. Bei diesen Maschinen wird also die Handarbeit so gut wie vollständig ausgeschaltet. Der Mehrpreis für die vollkommenere Maschine dürfte sich bezahlt machen.

Als Neuerung auf dem Gebiete der Erntemaschinen ist der sogenannte Mähdrescher anzuführen, wie er für 3 bis 4 Meter Schnittbreite von zwei amerikanischen Fabriken und in kleinerer Abmessung auch von einer französischen Fabrik gebaut wird. Wie schon in der Bezeichnung dieser Maschinen als „Mähdrescher“ zum Ausdruck gebracht wird, besorgen sie außer dem Schneiden des Getreides gleichzeitig noch den Drusch, und folgerichtig auch noch das Reinigen und Einsacken der Körner. Alles in einem Arbeitsgang! Damit wird nicht nur eine schnelle Bewältigung der Ernte ermöglicht, sondern auch noch eine recht beachtenswerte Ersparnis an Arbeitskräften erzielt. Sind doch zur Bedienung des Mähdreschers lediglich 2 Mann erforderlich: der Lenker des Traktors und der Wärter des Mähdreschers selbst. Das Getreide wird von der Maschine genau wie bei der gewöhnlichen Mähmaschine geschnitten. Das geschnittene Getreide wird durch ein Transportband der Dreschtrommel zugeführt, die das Dreschen bewerkstelligt. Die ausgedroschenen Körner gelangen zunächst über Siebe, die den Unkrautsemen absondern und schließlich zur Sackplattform, von wo sie durch ein Rohr in untergehaltene Säcke fallen. Die Tätigkeit des Maschinenwärters beschränkt sich lediglich darauf, die gefüllten Säcke zu zubinden und sie auf eine Schurre zu legen, die unten durch eine bewegliche Bodenklappe geschlossen ist. Sobald drei bis vier Säcke auf der Schurre liegen, läßt sie der Maschinenwärter durch Öffnen der Bodenklappe auf den Ackerboden gleiten, von wo aus sie eingesammelt werden.

Der Erntetrockner macht den Landwirt insofern unabhängig von dem Erntewetter, als mit seiner Hilfe nasses Getreide (auch Klee, Gras, Hülsenfrüchte) gleich nach dem Schnitt künstlich getrocknet werden kann, damit es ohne weiteres druschfähig wird. In den Trockner wandert das oben eingeführte nasse Getreide über mehrere umlaufende Transportbänder und wird von einem warmen Luftstrom so kräftig vom Wasser befreit, daß es unten den Trockner in völlig trockenem Zustand verläßt. Das Trocknen von 1 Zentner Körner kostet je nach dem Feuchtigkeitsgehalt des Getreides 12 bis 18 Pf. Bei Dreschen mit der üblichen Dampflokomotive, die dann zugleich die erforderliche Wärme für den Erntetrockner liefert, lassen sich stündlich etwa 1½ Fuder ziemlich stark verregnetes Getreide künstlich trocknen.

Fliebarkeit in der Schuhindustrie

Den Wettbewerb mit einer starken ausländischen Konkurrenz mußte die deutsche Schuhindustrie unter dem Druck der zeitweilig geringen Zölle, die erst Ende 1929 erhöht wurden, führen. Die seit Jahren ständig steigende Anfuhren, die gerade im letzten Vierteljahr einen neuen Rekordaufschwung erfuhr, sind der beste Beweis, wie sich diese Methode für den Industriezweig und die Gesamtwirtschaft bewährte. Das soeben vom Zentralverband der Schuhmacher herausgegebene Jahrbuch 1929 schildert sehr anschaulich die technischen Fortschritte, die erzielt werden konnten, so daß heute eine ganze Reihe deutscher Schuhfabriken der einst gefürchteten amerikanischen und tschechischen Konkurrenz nicht nur gewachsen, sondern überlegen sind. Während früher die deutschen Schuhfabrikanten nach Amerika fuhren, um dort technische Einzelheiten zu studieren, kommen jetzt umgekehrt in wachsender Zahl amerikanische und sonstige Fachleute nach Deutschland, die hier den technischen Fortschritt zu sehen und für ihre Betriebe nutzbar zu machen versuchen.

Neben der Anwendung des laufenden Bandes hat vor allem die Anlage von Rollbahn-, Gleisbahn- und Schwebbahnanlagen starke Verbreitung gefunden. Allerdings wird in der Schuhindustrie der Anwendungsraum dieser Verfahren durch den ständigen Modewechsel und die Verschiedenartigkeit der Ledersorten oft eng begrenzt. So bedingt der Modewechsel, daß die Herstellung der Schaftteile mit Stanzmaschinen nur für Massen- und Stapelartikel angewandt wird, während für die besseren Schuhsorten die Schaftteile wieder mit dem Zuschneidemeser zugeschnitten werden. Der steigenden Anfuhren entspricht eine Zunahme der durchschnittlichen arbeitstäglichen Schuhproduktion, doch hat auch in der Schuhindustrie die Rationalisierung sich hinsichtlich der Beschäftigung der Arbeiter ungünstig ausgewirkt, indem gegenwärtig auf 100 Gewerkschaftsmitglieder nur 66 vollbeschäftigte Arbeiter entfallen gegen 73,6 im Jahre 1928.

Metallholz und Holzblech

Metallholz oder auch metallisiertes Holz wird ein neuer Werkstoff genannt, der auf verschiedenen Gebieten Verwendung finden dürfte. Der neue Stoff ist nicht zu verwechseln mit Holz, das nach dem Schoop-Verfahren durch Aufspritzen feinst zerteilten flüssigen Metalles mit einer auf der Oberfläche festhaftenden Metallschicht überzogen wurde. Metallholz läßt sich, wie die überraschenden Feststellungen in einem Eisenforschungslaboratorium ergeben haben, gewinnen, indem man Holz zunächst vollkommen entwässert und dann kurze Zeit mit flüssigem Metall zusammen-

bringt, das unter Druck steht. Es gelingt auf diese Weise, alle Hohlräume der Zellen, Röhren und Fasern des Holzes mit Metall zu durchdrücken. Metallholz hat, falls zum Beispiel Silber verwendet wird, silbrigen Glanz und zeigt noch dieselbe Maserung wie vor der Behandlung. Der neue Werkstoff kann wegen seiner schmutzigen Wirkung für die Möbelindustrie sowie das Kunstgewerbe von Bedeutung werden. Metallholz, das billig herzustellen ist, läßt sich hobeln, sägen, nageln und je nach dem Verwendungszweck nur oberflächlich oder in die Tiefe gehend metallisieren. Besonders ausgiebig erscheint die Anwendung des Metallholzes für den Bau von Klavieren, Grammophonen und Lautsprechern. Metallisiertes Holz ist unentflammbar und, falls die Durchdringung mit flüssigem Blei erfolgte, undurchlässig für Röntgenstrahlen, so daß künftig die gesamte Innen-Einrichtung der Röntgenzimmer, Türen, Fensterrahmen, Zimmerboden, usw. aus Bleiholz bestehen könnte.

Von Bedeutung für die Technik ist vielleicht auch der Umstand, daß das Metallholz eine ganz wesentlich höhere Druckfestigkeit aufweist als das gewöhnliche Holz. Erwähnt sei in diesem Zusammenhang auch das sogenannte Holzblech, das erzeugt wird, indem man eine schmale Schicht Holz auf beiden Seiten mit dünnen Blechen aus Stahl, Aluminium oder anderen Metallen überzieht. Das Festhalten des Metalles auf dem Holz wird durch ein besonderes wasserfestes Bindemittel erreicht. Derartige Holzbleche besitzen große Festigkeit; die Metallbelege sind vergleichbar mit den Flanschen von gewalzten Doppel-T-Trägern, wobei die Holzzwischenlage die Rolle des Profilsteiges spielt. Da nun ein gewalzter Doppel-T-Träger um ein Mehrfaches steifer ist als ein voller Balken mit rechteckigem Querschnitt, gleiches Gewicht vorausgesetzt, so ist auch das Holzblech nach dem gleichen Grundsatz sehr viel steifer als das einfache Metallblech gleichen Gewichts. Dazu kommt noch, daß durch Ueberkleiden des Holzes mit Blech ersteres feuersicher wird, weil die zur Verbrennung erforderliche Luft nicht hinzutreten kann. Hohe Temperaturen ausgesetzt, beginnt das Holz nur zu verkohlen, Flammenbildung ist ausgeschlossen.

Das Aufschweißen von Dreh- und Hobelstählen

Viele Werkzeugmachereien verfügen über einen Zweikammerofen, der im allgemeinen so arbeitet, daß die Abgase der auf 1200 bis 1350 Grad C erhitzten unteren Kammer zur Vorwärmung der oberen Kammer dienen. Ein solcher Ofen läßt sich sehr gut für die Warmbehandlung der verschiedensten Werkzeuge benutzen. Bedingung ist die Verwendung eines leicht regelbaren Brennstoffes, z. B. Oel oder Gas, da Kohlen- und Koksfeuer zu viel Schweißgehalt haben und sich in der Temperatur nicht so gut regeln lassen. Zudem erhöht sich die Leistung bei Gas- oder Oelfeuerung auf das Doppelte. Ferner ist noch eine Spindelpresse mit Handrad oder mangels einer solchen ein Parallelschraubstock erforderlich.

Will man z. B. einen Drehstahl mit einem Schneidplättchen versehen, so format man diesen durch Schmieden aus Stahl von 60 bis 70 kg je qmm Festigkeit, so daß das Schneidplättchen ohne weitere Nacharbeit aufgesetzt werden kann. Nach Erhitzung des Stahles auf etwa 800 Grad C bestreut man die Schneidfläche mit Schweißpulver, legt das Plättchen auf und erhitzt den Stahl nunmehr in der Glühkammer des Ofens auf 1200 Grad. Unter der Presse oder im Schraubstock wird das Plättchen alsdann aufgepreßt, der Stahl in Asche allmählich abgekühlt und das überschüssige Schweißmittel entfernt. Ein gutes Schweißmittel ist natürlich sehr wesentlich. Die sehr bekannten Mischungen aus Eisenspänen und Borax oder eine ähnliche Zusammenstellung ist weniger zu empfehlen, denn die oft ziemlich dicken Schweißschichten beeinträchtigen durch Bildung einer porösen und elastischen Schicht die Wärmeleit- und Widerstandsfähigkeit des Stahles. Am besten eignet sich das Mittel Ebosit. Bei Schneidmetallen, z. B. Widia, kann man auch mit Kupferspänen unter einer Temperatur von 1150 Grad auflösen.

Nach dem Aufschweißen muß der Stahl nochmals erhitzt und im Oel oder im Luftstrom abgeschreckt werden. Für diese Behandlung bestehen gewöhnlich besondere Härtevorschriften des Stahllieferanten. Beim Abschrecken durch Luftstrom ist zu beachten, daß die Gebläseluft mit einem Druck von etwa 1000 mm WS trocken ist, da sonst Risse entstehen können. Zur Abkürzung der für die Behandlung nötigen Zeit kann man den Stahl unmittelbar nach dem Festpressen des Plättchens nacherhitzen, ohne erst die Abkühlung abzuwarten. Das Schleifen nach dem Härten muß aber in diesem Falle mit großer Sorgfalt vorgenommen werden.

Bodenvermehrung durch die Technik

Nach dem Urteil aller Fachleute hat die Ueberwindung der gegenwärtigen Agrarkrise eine erhebliche Verkleinerung der landwirtschaftlichen Anbaufläche zur Voraussetzung. Im gewaltigen Preisfall vor allem des Getreides glaubte man die nötigen Antriebskräfte für eine solche Entwicklung zu sehen. Auch die Bemühungen des im vorigen Jahre neu geschaffenen Bundeslandwirtschaftsamtes (Federal Farm Board) in den Vereinigten Staaten zielte auf eine Verkleinerung der Anbaufläche ab. Die bisherigen Ergebnisse zeigen jedoch den völligen Fehlschlag dieser Bemühungen. Die Weizenanbaufläche ist im letzten Jahr nicht zurückgegangen, sondern um etwa 2 Prozent gewachsen. Die Begründung für diese angesichts der Agrarkrise zunächst erstaunliche Tatsache ist in der vermehrten Anwendung von Maschinen, vornehmlich von Traktoren, in der Landwirtschaft zu suchen, die den einzelnen Farmer in die Lage versetzen, mit gleichen Arbeitskräften ein wesentlich größeres Stück Land als bisher anzubauen. Zu gleicher Zeit haben diese neuen Maschinen die Produktionskosten erheblich verringert, durchschnittlich um 20 bis 40 Prozent, so daß vornehmlich in den Südstaaten mit ihren billigen Böden eine Ausdehnung der Produktion auch zu den gegenwärtigen niedrigen Weltmarktpreisen lohnend war.

Ganz ähnlich wie beim Getreidebau liegen die Umstände in der Baumwollproduktion. Hier hatte bisher der Traktor kaum Eingang gefunden, doch bringt auch hier die Traktorenbenutzung derartige Vorteile, daß ihre allgemeine Anwendung nur noch eine Frage der Zeit sein kann. Die Anwendung von Traktoren bedeutet aber im Baumwollanbau, daß ein Farmer, der nach den bisherigen Anbaumethoden durchschnittlich 20 Acres bepflanzen konnte, nunmehr 200 Acres anpflanzen und bis zur Ernte im wesentlichen auch allein zu bearbeiten in der Lage ist, so daß nur zum Pflücken Hilfskräfte herangezogen werden müssen. Aus sich selbst heraus dürfte also die Agrarkrise in absehbarer Zeit kaum eine namhafte Abschwächung erfahren, vielmehr ist angesichts der Ueberangebotsverhältnisse auf dem Weltmarkt auch in Zukunft mit niedrigen Preisen zu rechnen.



FAMILIE UND HEIM



An der Gedächtniskapelle

In jedem Jahr ist's das gleiche Bild,
Und doch sah ich's nie wie heute — —
Ein samtnr Sommerabend deckt mild
Das schmucke Dörflein im weiten Gefild,
Darüber weht Trauergeläute...

Zur kleinen Kirche, von Rosen umglüht,
Bewegt sich ein Zug von Lichtern.
Die Schar der armen Gefallnen zieht
Als Totengerippe in Reih und Glied
Mit fahlen Leichengesichtern.

Im Kreis der Fackeln bleiben sie stehn,
Die Knochenhände erhoben:
„Was wir an Mord und Greueln gesehn,
Das darf nie wieder auf Erden geschehn,
Dies müßt ihr uns alle geloben.

Nie wieder Krieg! das verlangen wir
Für unser qualvolles Sterben.
Ihr Brüder, reicht euch die Hände hier,
Entfaltet des Friedens weißes Panier
Und schützt es als unsre Erben!“

M. Schulz.

Der Hunger

Im Anfang war der Hunger. Gierig saugten wir an den Brüsten der Mutter. Ach, sie war eine Proletariemutter. Sie hatte viele Kinder geboren. Sie hatte gehungert — für uns. Sie hatte uns in Sorge und Not in ihrem Leibe getragen. Und niemand hatte in den doppelt schweren Tagen die Unruhe und den aufreibenden Kleinkram des Alltags von ihr ferngehalten. Ja, wenn sie eine reiche Frau gewesen wäre!

Nun waren wir da und schrien um Atmung. Wir waren nur da, um zu essen, unbekümmert um das Wie und Woher. Und unser heiseres Wimmern klang wie Protest: Warum brachtet ihr uns auf diese häßliche Welt?

Die Mutter gab. Und als ihre Milch versiegte, als wir größer wurden, wuchs auch der Hunger. Wir wurden mit Kartoffelbrei und eingebrockten Brotstückchen gefüttert. Später durften wir schon gar vom Mittagessen kosten. Ungelenk, den ungewohnten Löffel in der patzigen Hand, würgten wir es hinunter. Es ging. Wir wuchsen auf.

Dann krochen wir auf den Treppen herum. Wagten uns vereinzelt auch schon auf die Straße. Es gab viele Kinder in unserem Hause; viele Kinder in der Bergarbeitersiedlung. Wenn unsere Väter Nachtschicht hatten und tagsüber schliefen, mußten wir stille sein, sonst gab es Prügel.

Die Zeit verging. Bald mußten wir die Schule verlassen. Ein neues Geschlecht von Bergarbeitern war im Anmarsch. Freudenlose Jugend, adel!

Streik! Streik! — Hunger!
Unsere Väter lagen vier Wochen auf der Straße. Sonst, wenn der Vater von der Schicht kam, durchsuchten wir seine Ledertasche nach Butterbrot. Es roch säuerlich, war verrottet. Was kümmerte uns das. Wir freuten uns, wenn er uns noch etwas gelassen hatte.

Das war nun vorbei. Nach vierzehn Tagen war kein Brot mehr im Hause. Die Familien hungerten. Der Krämer gab nichts mehr auf Borg. Verwandte konnten nichts mehr geben. Kein Geld, kein Brot. Nichts, nichts! Am schlimmsten war es für die Kinder. Selbst die Magermilch war nicht zu kaufen. Hunger tut weh, macht wild und rücksichtslos. Da zogen wir Jungens aus der Siedlung hinaus auf die Felder. In unserem Magen fraß die Gier nach Brot. Wir plünderten die Kartoffelfelder, stahlen, obwohl die Felder durch Flurschützen bewacht wurden. Die Kartoffeln waren noch grün. Uns war alles gleichgültig. Wir bettelten bei den Bauern. Sie ließen uns gnädig das Fallobst auflesen, und standen mißtrauisch hinter uns, daß wir nichts von den Bäumen herunter-schlagen. Abends kamen wir vollgefressen heim. Wir logen, alles sei uns geschenkt worden. Unsere Mutter saß am Tisch spät in der Nacht und weinte. Sie ahnte, sie wollte alles. Es waren schlimme Zeiten.

Schnell verfloß die erste Jugend. Vor uns stand das Leben. Es war hart und grausam. Verdammte, da hieß es aufpassen. Tüchtig wurden wir hin und her geworfen. Aber immer wieder kamen wir auf die Füße.

Von meiner ersten Stellung — mit Kost und Logis — habe ich mitten in der Nacht in den Sack gehoben. Hungern wollte ich nicht. Margarinebrot hatte ich zu Hause genug gegessen. Ich schwang mich über die Mauer und lief durch tauwasses Gras im Nebel nach Hause.

Vier Jahre habe ich dann bei den Bauern mit Fitzorgel-Kindern gearbeitet. Sie redeten trotz ihrer siebenzehn Jahre wie Erwachsene. Ihren Erzählungen, ihren Anekdoten lauschte ich mit Stimmern und Schrecken. Verhungert waren sie ebenso wie ich. Man mußte sich beim Essen dezahlen, denn sie konnten schneller essen als ich. Es war im Kriegs. Der Bauer hielt uns knapp und verkaufte lieber Brot und Butter zu schwindelhaften Preisen an die hungernden Großstädter.

Einsmal waren wir ihrer zwei getürmt. Mit dem letzten Geld fuhren wir in Schnellzug nach Hause. Im Rucksack zwei Brote und eine Bierflasche voll Trinkwasser. Das costen in solch einem Zug. Himmel, waren das keine Leute. Und wie die epischen Götter Abend öffnete ein Mann die Türen und rief zum Essen. Wir hatten kein Geld, aber im Rucksack zwei Brote und keine Butter und keine Wurst. Man kann doch im Eisenbahnabteil eines Schnellzuges nicht trocken Brot essen und Wasser dazu trinken.

Da ging ich auf den Abort, das Brot unter der Jacke versteckt. Fest riegelte ich hinter mir zu. Dann nahm ich ein Messer und schnitt Brotstücke. Legte sie fest aufeinander und wickelte sie je zwei in weißes Papier. Wenn man nicht genau hinsah, konnte man denken, sie seien beschmiert mit Butter, Käse oder Kriegsmarmelade. Nun ging ich wieder hinein in das Abteil und steckte das Kollegen beidlich ein Päckchen zu. Dann hielten

wir die Brothälften fest zusammen und aßen genau so gravitatisch wie die anderen. Hernach gingen wir wieder abwechselnd hinaus auf das einsame Oertchen und nahmen einen tüchtigen Schluck Adamsbier. So kamen wir, als schon die letzte Brotrinde verzehrt war, in die Heimat.

1918. Der Krieg lag in den letzten Zuckungen. Da holten sie uns, die Jüngsten. Wir waren unterernährt. Immer hatten wir Hunger. Jahrgang 1900. Wir waren noch nicht achtzehn Jahre alt. Wir durften abends nicht auf die Straße, durften nicht ins Kino gehen. Schwächlich waren wir. Aber uns für das sogenannte Vaterland todschießen lassen, das durften wir.

Zuerst lagen wir in einem Gasthaus in Quartier. Der Besitzer gab dem Feldwebel wunderschöne Speisen mit großen Stückchen Fleisch und vielen Fettaußen. Wir bekamen die Suppen und winzige Fleischstückchen. Der Wirt verkaufte Speisen in seinem Lokal — von unserem Vorrat. Dann kamen wir in die Kaserne. Patriotische Zeitungen schrieben viel von der unerreichten Kameradschaftlichkeit des deutschen Soldaten. Wir sahen nichts davon. Die Bauernsöhne, die auf unserer Stube lagen und von zu Hause Brot, Butter, Speck und Schinken geschickt bekamen, gaben uns nicht davon. Lieber ließen sie die schönen Dinge verfaulen und verschimmeln.

Ins Rekrutendepot. Dienst zum Verrecken. Zwei Mann ein Kochgeschirr voll Essen. Mal fanden zwei Kameraden, die die Stube eines Feldwebels reinigten, hinter einem Schrank ein angeschimmeltes Stück Brot. Wie die Aasgier stürzten sie sich darauf. Sie schlugten sich blutig um den Besitz dieses weggeworfenen steinharten Brotes. Hunger machte uns zu Tieren.

Heimat, Heimat! Unverletzt nach Hause. An Erfahrung älter als unsere Jahre. Die Heimgebliebenen hatte der Hunger zu menschlichen Ruinen gemacht. Kohlrübensuppen, Marmeladen, undefinierbare Seefische, Dörrgenüsse, Stockfisch, das war ihre tägliche Nahrung. Und dabei sollten sie Siege feiern, Hurra schreien, durchhalten und — den Mund halten.

Arbeitslos! In Leuna schwelte der Anruhr. Nirgends Arbeit. Auf die Walze. Da wurde das Hungern zur Alltäglichkeit. Dann war der letzte Pfennig alle. Nun betteln. Minutenlang standen wir zwei vor dem ersten Hause eines Dorfes. Irgendein kümmerlicher Rest bürgerlicher Wohlständigkeit wollte sich nicht abschütteln lassen. — Endlich. Mit Zagen an die Tür gepocht und sein Sprüchlein heruntergeleiert. Die Leute, auch Arbeiter, gaben uns etwas zu essen. Unser Glück! Wären wir das costenmal abgewiesen worden, wir hätten lange gebraucht, um die Schande zu überwinden. Dann überkam uns eine fast gefährliche Gleichgültigkeit.

Vorbei sind die Jahre. Noch immer lebt der Hunger. Der Hunger nach Brot und der Hunger nach den Annehmlichkeiten und Gütern des Lebens, die wir schaffen. Noch immer kämpft die Arbeiterschaft um ihre Befreiung. Not und Hunger rasen wie noch nie über die Lande. Unheimlich ist die Ruhe der Goquälten: Ist es die Stille vor dem Sturm? Arthur Jahr.

Wem überliefert ihr eure Kinder?

Seit Jahrzehnten stehen die vernünftigen Arbeiter in den freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei, um für die Befreiung vom kapitalistischen Joch zu kämpfen. Leicht war und ist das keineswegs. Ungehore Anstrengung kostete jeder Erfolg, denn die Lehren der Schule und Kirche sind tief verwurzelt in der proletarischen Seele. Den meisten Arbeitern mußten erst die Augen geöffnet werden, ehe sie zur sozialistischen Schar kamen.

Was aber tun heute noch unzählige Arbeiter mit ihren Kindern? Sie liefern sie jenen Kreisen aus, die die Gegner der Arbeiter sind. Unzählige Arbeiter sehen seelenruhig zu, wie diejenigen, die das Privileg der Jugendzucht zu besitzen glauben, ihre Kinder zu Gegnern der ringenden Arbeiterschaft erzühen. Noch lange nicht alle sozialistischen Arbeiter haben die Gefahr erkannt, die entsteht, wenn die Alten nicht mehr können und der Nachwuchs fehlt, der das Werk weitertragen und vollenden soll.

Darum haben sich junge Genossen in Arbeitsgemeinschaften zusammengeschlossen, die die blassen Proletariatskinder aus den Städten ins Freie führen, damit sie den Unterschied zwischen Dampfheit und Licht, zwischen Elend und Freude erkennen lernen. In den Gruppenabenden im Jugendheim sprechen sie über das Gesehene und Erlebte und lassen ihre Gedanken aus. Freuden und Freude werden den Kindern in reichem Maße verschafft, denn daran fehlt es ja den meisten Arbeiterkindern. Gemeinschaftlich singen und spielen sie mit ihren Helfern, gemeinschaftlich wandern und beobachten sie. Und gemeinschaftlich haben sie in den Sommerferien ihre Zelte in den Kinderrepubliken. Hier arbeiten, feiern, spielen sie zusammen mit ihren Helfern, das sind die jungen Genossen, die ihre

Ferientage dazu opfern, um den Kindern die Errichtung der Kinderrepubliken möglich zu machen.

In weiten Kreisen hat die Arbeit der Kinderfreunde Anklang gefunden. Tausende von Kindern kommen neu zu ihnen, wollen mitarbeiten, mitlernen. Aber schon regt es sich im reaktionären und klerikalen Lager. Hier erkennt man die Gefahr, die die sozialistischen Kinderfreunde für sie bedeuten. Wir haben die Hetze und die Verleumdungen im vorigen Jahre kennengelernt, als die Kinderrepublik Narny eröffnet wurde.

Aber die Kinderrepubliken stehen. Viele Personen aller Richtungen besuchen sie und sprechen günstig darüber. Aber dessenungeachtet besteht der Haß weiter. Bayern ging voran in der Bekämpfung der Kinderfreunde. Die Regierung hat Bestimmungen erlassen, die die Arbeit der Kinderfreunde praktisch unmöglich machen. Nach Bayern folgte die Reichswehr, die sofortige Auflösung des Nestfalkenlagers auf dem Reichswehrgelände in Munster fordert, weil anlässlich einer Trauerfeier für die Neuroder Bergwerksopfer die — „Internationale“ gesungen wurde. Schwierigkeiten werden den Kinderfreunden überall gemacht, sei es auf materiellem oder anderem Gebiete.

Aber die Kinderfreunde werden leben und wachsen trotz alledem. Genossen, an euch liegt es, ob eure Kinder euer Werk fortsetzen oder später, wenn sie euch vertreten sollen, von nichts wissen und den Arbeiterfeinden auf den Leim gehen. Die Arbeiterkinder sollen lernen, für was sie später zu kämpfen haben. Darum gehören sie zu uns, zu den Kinderfreunden. H. Schomburg, Köln.

Deine Frau

Immer wieder müssen wir uns wundern, wo trotz der Werbearbeit von Partei und Gewerkschaften die bürgerlichen Parteien ihre Stimmen aus der Arbeiterschaft herbringen.

Nun, schuld ist meistens der Arbeiter selber. Da haben wir Hunderttausende, die in den Betrieben und im Verband in vorderster Reihe kämpfen, daheim aber bei Frau und Kindern, versagen sie, versagen sie kläglich. Sie, die viel- leicht große Reden schwingen, sind nicht fähig, ihre Frau, geschweige denn die Kinder, sozialistisch zu beeinflussen und zu erziehen.

Da rennt die Frau mit den Kindern Sonntag für Sonntag in die Kirche. Isoliert steht der Mann da. Kommen Wahlen, dann wird der „starke“ Gatte energisch. „Also, das sag ich dir, das Kreuz machst du auf dem Stimmzettel bei Nummer 1, verstanden!“ So, jetzt hat der Herr der Schöpfung seine Pflicht getan. — Und die Frau: „Selbstverständlich“, sagt sie, „was anderes wähle ich ja nie!“ — Und dann geht sie hin und wählt bürgerlich. So laßt ihr der Priester geraten, und so tut sie es. Und du Rindvieh von einem Mann glaubst, deine Frau hat gewählt wie du!

So sieht's doch aus. Stimmt's etwa nicht? Dazu wird dann die Familie noch mit einer bürgerlichen Zeitung gefüttert. — „Mir kann sie nicht schaden“, sagt der starke Gatte, „ich habe eine feste Gesinnung.“ — Und die Familie?

Wenn schon der Mann zu schwach ist, die bürgerliche Zeitung abbestellen, da sollte er wenigstens so stark sein, von seinem Taschengeld das sozialistische Blatt seines Ortes bestellen. Wenn er das nicht fertig bringt, dann — doch ich will nicht ausfallend werden.

Am Anfang wird er seine Zeitung vielleicht allein lesen, bald aber plagt doch die Neugierde das Weib, und schon nach kurzer Zeit liest sie sein Blatt genau so gründlich wie bisher ihr bürgerliches. Bald wird sie ihren Mann auch nach diesem oder jenem fragen. Und wenn dann das Geld nicht langt oder die Besinnung einkehrt und eine Zeitung muß oder soll abbestellt werden, dann wird es wohl meist die bürgerliche sein. Und du, du starker Mann, brauchst dich dann nicht mehr zu plagen, um deine Frau mit dem Sozialismus vertraut zu machen. Das besorgt dann viel gründlicher „deine“ Presse. Du brauchst nur hie und da mal ein bißchen nachzuhelfen, und vielleicht erlebst du es sogar, daß dich deine Frau im Kampfe stützt und stärkt.

Wieder haben wir Wahlen. Sollen deine Frau und deine Kinder wieder bürgerlich wählen? Nein, — das willst du nicht! Wenn du noch heute die sozialistische Presse bestellst und — wenn du das fertig bringst — die bürgerliche Presse noch heute rauswirfst, trotz des gerade angefangenen Romans, dann haben wir andere, bessere Wahlen, und du darfst stolz von dir sagen: Ich bin ein Mann! R. B.

Auskünfte

Chemnitz.

Ich komme nach Chemnitz. Vor dem Polizeipräsidium stehen über zwanzig Lastautomobile vollbesetzt mit bewaffneten Polizisten und schwer bewaffneter Reichswehr. Der Platz ist abgesperrt. Schüttern stehen auf der andern Seite neugierige Bürger und schauen zu. Ich gehe über die Straße, spreche einen Polizisten an und frage, was hier passiert sei.

„Nu, läsen Sie geine Zeitungen?“
„Doch, aber ich bin erst vor einer halben Stunde in Chemnitz angekommen.“

„So? Woher gommen Sie denn?“
„Aus Berlin.“

„Das hat auch in Berliner Zeitungen geschdandt.“
„Aber ich kann mich an nichts entsinnen. Sonst würde ich Sie doch nicht fragen.“

„Also, Sie wollen wissen, was los ist?“
„Ja, bittel!“

„Dann missen Se eben auf den Friedhof gahn.“
„Auf den Friedhof? Was ist denn da?“
„Nu, da wärn se doch begraben.“

„Wer?“
„Ei nu, die Doden, freilich.“
„Ja natürlich, da begräbt man die Toten. Aber wer ist denn gestorben?“

„Ei nu, die Erschossenen.“
Woraufhin es mir so langsam dämmerte, daß drei Tage vorher hier Unruhen gewesen waren.

München.
Ich frage einen Verkehrspolizisten: „Verzeihung, wie komme ich am besten da und dahin?“
„Sehen Sie dort über dem Platz die kleine Straße, die quer einbiegt?“

„Ja.“
„Die gehen Sie durch, die erste Querstraße links, dann die zweite Querstraße in der neuen Richtung wieder links. Dann kommen Sie auf einen großen Platz, den müssen Sie überqueren, und vor dem großen Kaufhaus, vor dem die großen, weißen Lampen hängen, da steht ein Polizist mit einer Armbinde. Den müssen Sie fragen. Ich darf nämlich keine Auskunft geben.“

Mario Mohr.



SOZIALPOLITIK



Die reformierte „Reform“ Wie der Bürgerblock die Arbeitslosen schröpft

Im vierten Abschnitt der Verordnung vom 26. Juli 1930 sind die neuen Bestimmungen der Arbeitslosenversicherung, Krankenversicherung und Reichsversorgung enthalten. Daß sie Verschlechterungen, und zwar ganz wesentliche bringen, ist bei einer Regierung selbstverständlich, der das christliche Zentrum sein Gepräge gibt. Um diese Verschlechterungen durchzuführen, hat ja der Zentrumsmann Dr. Brüning die Regierung Müller gesprengt.

Nur die wesentlichen Änderungen seien gekennzeichnet: Um einen großen Teil, besonders der jugendlichen Arbeiter, Dienstboten oder Gelegenheitsarbeiter von der Versicherung fern zu halten, wurde im § 75a des Gesetzes der Begriff der versicherungsfreien, geringfügigen Beschäftigung umschrieben. Bisher galt als eine solche eine Beschäftigung von weniger als 24 Stunden in der Woche, oder wenn für eine Beschäftigung kein höheres Arbeitsentgelt als 8 M. die Woche oder 35 M. den Monat vereinbart oder ortsüblich ist, jetzt dagegen sind erst 30 Stunden oder 10 M. die Woche oder 45 M. den Monat versicherungsfrei. Alle die nur diese oder geringere Arbeitszeit oder Verdienst haben, sind von der Versicherung ausgeschaltet. Lehrlinge sind hier ausgenommen. Kurzarbeit fällt nicht unter diesen Begriff.

Nach dem neuen § 75d ist auch die Arbeit eines in Fürsorgeunterstützung Stehenden versicherungsfrei, wenn die Arbeitszeit nicht mindestens 32 Stunden die Woche beträgt oder falls durch Tarifvertrag eine kürzere Arbeitszeit vereinbart ist, für die kein Tarif- oder ortsüblicher Lohn bezahlt wird.

Arbeitslose unter 17 Jahren sind nach § 87 von der Unterstützung ausgeschlossen, wenn ihnen ein familienrechtlicher Unterhaltsanspruch zusteht, sie also bei ihren Eltern oder Großeltern wohnen. Eine kleine Verbesserung bringt der so umstrittene § 89a in Abs. 1. Hier ist die Beschäftigung im Gewerbe oder in der Landwirtschaft der Geschwister nicht mehr zumutbar. Gleich danach aber wieder eine Erschwerung in § 90 Absatz 2 Nr. 5. Ein wichtiger Grund zur Ablehnung einer zugewiesenen Arbeit war bislang nur gegeben, wenn die Versorgung der Angehörigen nicht hinreichend gesichert war, aber jetzt nur, wenn der Arbeitslose zur Verrichtung der Arbeit einen neuen Wohn- oder Aufenthaltsort nehmen muß.

Die Sperrzeiten in den §§ 90 bis 93 sind von vier auf sechs Wochen (in § 93), bei schweren Fällen oder im Wiederholungsfall bis auf zwölf Wochen erhöht. Aber auch die bezogene Krisenunterstützung soll nach dem neuen § 99a bei späterem Bezug der Arbeitslosenunterstützung angerechnet werden. Werden z. B. die dreizehn Wochen Arbeitszeit, die zum Bezug der Krisenunterstützung notwendig waren, für die spätere Anwartschaft auf die Arbeitslosenunterstützung ganz oder nur teilweise benötigt, so wird die Arbeitslosenunterstützung um soviel Tage gekürzt, als der Arbeitslose Krisenunterstützung erhalten hat.

Sehr wichtig ist die Änderung des § 104. Die Unterstützung wird nicht mehr allein nach dem Arbeitsentgelt, sondern nach Arbeitsentgelt und Dauer der versicherungspflichtigen Beschäftigung errechnet.

Der § 105 Abs. 3 bringt die Ergänzung zu § 104. Er besagt: Nicht das Arbeitsentgelt der letzten 26 Wochen ist für die Berechnung der Lohnklasse, für die Einreichung in die Unterstützung allein maßgebend, sondern es darf kein höherer Betrag für die Berechnung zugrunde gelegt werden als der Grundlohn, der bei der Errichtung der Beiträge zur Reichsanstalt nach § 150 zugrunde gelegt war. Es wird also der Grundlohn der Krankenkasse als Richtlinie für die Bemessung der Unterstützung gelten. Bei Kurzarbeit wird der Grundlohn ohne Lohnkürzung zugrunde gelegt.

Ein neuer § 105a kürzt die Unterstützung beim erstmaligen Bezug noch weiter, wenn in den letzten achtzehn Monaten (bisher 2 Jahre) vor der ersten Arbeitslosmeldung, die auf den Erwerb der Anwartschaft erfolgt,

nicht mindestens 52 Wochen versicherungspflichtige Beschäftigung vorhanden ist. Sind also in den 18 Monaten nicht die 52 Wochen Arbeit nachzuweisen, so erhalten jene Arbeitslosen nur die Hauptunterstützungssätze: Klasse VII nur nach Klasse VI, Klasse VIII nur nach Klasse VII, Klasse IX und X nur nach Klasse VIII, Klasse XI nur nach Klasse IX. Die Familienzuschläge sind jedoch nach den ungekürzten Lohnklassen in § 105 zu gewähren.

Die durch eine Reichssenatsentscheidung auf die Pendelarbeiter angewendete Kürzung der Unterstützungssätze ist durch eine Ergänzung zu § 107c Abs. 1 aufzuheben, wenn Arbeits- und Wohnort des Arbeitslosen in einem einheitlichen Wirtschaftsgebiet liegen. Nun kann hier erneut der Streit darüber beginnen, was oder wie groß ein einheitliches Wirtschaftsgebiet ist. Sind Mann und Frau arbeitslos und beziehen beide Unterstützung, so sorgt ein neuer § 107d dafür, daß sie es mit ihren Unterstützungen nicht zu üppig haben. In den Lohnklassen VII bis XI wird dann die Hauptunterstützung eines Ehegatten, und zwar die niederste um die Hälfte gekürzt.

§ 110b Abs. 1 bringt für alle Arbeitslosen ohne zuschlagsberechtigte Angehörige eine Wartezeit (Karenzzeit) von 14 Tagen. Bisher hatten nur die im Haushalt eines anderen aufgenommenen noch nicht 21-jährigen eine 14-tägige Wartezeit. Der § 112a wird durch einen § 112b ergänzt. Neben Renten wird auch das Einkommen eines Ehegatten angerechnet, soweit dieses 35 M. in der Kalenderwoche übersteigt. Arbeitslosenunterstützung gilt nicht als Einkommen. Bei Erkrankungen wird nach § 120 nicht mehr der Satz der Lohnklassen, sondern nur die wirklich bezahlte Unterstützung als Krankengeld bezahlt. (Kürzung nach § 105a.)

Die Beiträge werden von 3 1/2 auf 4 1/2 vH erhöht. Nach § 150 können jedoch für Betriebe oder Betriebsgruppen, für deren Angehörige die Arbeitslosenversicherung erheblich stärker als im Durchschnitt in Anspruch genommen wird, die Unternehmer zu höheren Beiträgen herangezogen werden.

Um sich vor Strafe zu bewahren, ist besonders der § 176 zu beachten. Dieser besagte schon bisher, was der Arbeitslose ohne Aufforderung des Arbeitsamts zu melden hat, wie z. B. Abfindung aus früherer Beschäftigung, Ausscheiden von Familienangehörigen, Bezug von Krankengeld, Wochengeld, Renten, Pensionen und Ruhegeld. Jetzt hat er außerdem zu melden, wenn er selbst oder ein Angehöriger, wie sie im § 89a benannt sind, eine selbständige Arbeit übernimmt und ferner, wenn das Einkommen des Ehegatten 35 M. die Woche übersteigt.

Der Vorsitzende der Spruchkammer kann in Berufungen nach § 180 und 181 ohne mündliche Verhandlung eine Vorentscheidung treffen. Nur wenn binnen zwei Wochen ein Antrag auf mündliche Verhandlung gestellt wird, ist die Vorentscheidung ohne Rechtskraft und findet Entscheidung der Berufung vor der Spruchkammer statt. Bei Fristversäumnis wird der Antrag auf mündliche Verhandlung als unzulässig abgewiesen.

Die Bestimmungen treten am 1. August 1930 in Kraft. Die neue Fassung der §§ 104 und 105a soll am 31. März 1931 wieder außer Kraft treten.

In einem besonderen Artikel erhält die Reichsanstalt und das Ministerium die Ermächtigung, bei einem weiteren Fehlbetrag die Hälfte durch eine weitere Beitragserhöhung oder Abstufung der Beiträge zu decken. Das Reich zahlt für das Jahr 1930 an die Reichsanstalt einen einmaligen Zuschuß von 184 Millionen Mark und bei einem weiteren Fehlbetrag die Hälfte.

Die Arbeiter aller Richtungen werden nun wohl den Kampf der Sozialdemokraten und Gewerkschaften um die Arbeitslosenversicherung besser würdigen und am 14. September dafür sorgen, daß solche „Reformen“ niemals wiederkehren und die Verschlechterungen wieder beseitigt werden. Ch. E.

ebenso laut wie jämmerlich zu heulen pflegt. Herr Schwenker kommt gewöhnlich erst gegen drei Uhr morgens schwankend heim und macht einen Heidenkrach.

Man beachte bei derartigen Trommelfellattacken grundsätzlich: Die Ruhestörung muß ungebührlicher Weise erregt werden und einen unbestimmten Personenkreis stören oder gefährden. Letzteres wird auf der Straftat meist der Fall sein, im Hause seltener. Treffen aber vorgenannte Voraussetzungen zu, so kann auch im Hause als Tatort Strafanzeige wegen ruhestörender Lärms erstattet werden. Hierbei ist es gleichgültig, ob die Ruhestörung bei Tage oder bei Nacht erregt wird.

Aber auch die einzelne Person oder Familie muß von der Behörde in vielen Fällen vor Ruhestörungen geschützt werden. Hier ist es von Wichtigkeit, daß die Störungen z. B. durch Klavierspiel, Hundegebell, Krach oder ähnliches fortgesetzt oder während der Nachtruhe — sie beginnt um 10 Uhr abends — erfolgen, und zwar derart, daß sie die Gesundheit der Belästigten gefährden oder über das übliche und erträgliche Maß hinausgehen.

Hierzu ein häufig wiederkehrender Fall: Eine Frau näht gewerbsmäßig an einer Nähmaschine mit elektrischem Motor bis in die späte Nacht hinein. Die unter ihr wohnende Familie wird durch das Geräusch in ihrer Nachtruhe gestört. Sie beschwert sich bei der Polizei. Trotzdem an sich keine ungebührlich erregte Ruhestörung vorliegt, wird die Polizei in solchen Fällen der Näherin auf dem Verfügungswege — also ohne Strafanzeige — aufgeben, durch Verwendung bestimmter schalldämpfender Mittel die Geräuschbelästigung in der Nacht abzustellen und die Durchführung ihrer Anweisungen kontrollieren.

Es empfiehlt sich, wegen Ruhestörungen im Hause zunächst mal den Hauswirt in Anspruch zu nehmen. Der Mietvertrag enthält ja gewöhnlich entsprechende Bestimmungen. Der Wirt kann in krassen Fällen sogar den Störenfried hinaussetzen.

Wissen muß man ferner, daß bei gemeingefährlichen und übertragbaren Krankheiten stets unverzüglich eine reichsgesetzlich geregelte Anzeigepflicht der Ortspolizeibehörde gegenüber besteht. Auch jeder Aufenthaltswechsel der daran erkrankten Personen ist sofort anzeigepflichtig. Wenig bekannt dürfte sein, daß unter diese Krankheiten Diphtherie, Scharlach, Ruhr, Typhus usw. — auch Fleisch-, Fisch-, Wurstvergiftungen, Bißverletzungen durch tollwütige und tollwutverdächtige Tiere, Milzbrand und Kindbettfieber rechnen; Masern zählen nicht dazu. Nicht nur für den hinzugezogenen Arzt besteht diese Anzeigepflicht, sondern auch für den Haushaltungsvorstand, überhaupt denjenigen, in dessen Wohnung die Erkrankung oder der Todesfall eingetreten ist, desgleichen für etwaige Pfleger. Sobald natürlich dieser Pflicht von einer Seite Genüge geleistet wurde, erübrigt sich die Meldung an die Polizei seitens der anderen dazu Verpflichteten.

Unliebsame Streitigkeiten zwischen den Wohnungsnachbarn sind leider an der Tagesordnung. Da hat Frau Schulze die Frau Müller, ihre frühere Herzensfreundin, schwerstens beleidigt. Natürlich hellste Empörung bei Frau Schulze! Schnurstracks läuft sie zur Polizei und möchte am liebsten die Freundin vom Fleck weg einsperren lassen. Nun, die Polizei hat bei solchen Sachen überhaupt nicht einzuschreiten, es sei denn, daß es sich um die Feststellung einer unbekannt Person handelt. Hier ist zunächst einmal der Schiedsmann die zuständige Stelle. Sogar in den Fällen des Hausfriedensbruchs, der Leichten oder fahrlässigen Körperverletzung, der Bedrohung, Sachbeschädigung und Verletzung fremder Geheimnisse muß der Klageerhebung ein Sühneversuch vorgehen.

Über das Zurückbehaltungsrecht der Vermieter ist zu sagen, daß der Vermieter die Polizei hierbei nur zum persönlichen Schutz oder zur Feststellung in Anspruch nehmen kann, wenn er durch den Mieter dabei durch Gewalt oder Bedrohung mit Gewalt gehindert wird. Nicht zurückbehalten darf man Sachen, die für den Mieter zum notwendigen Gebrauch und Erwerb des Lebensunterhaltes unentbehrlich sind. Dies trifft auch für Invaliden- und Angestelltenkarten zu, deren Einbehaltung oder zu späte Aushändigung recht unangenehme Weiterungen zur Folge haben können.

Und nun noch einiges zum Kapitel „Verdächtiges in Wohnungen“. Ein Verdacht muß selbstverständlich auch begründet sein! Diese Begründung ist oft schwer, besonders bei Hehlerei und ähnlichem, denn in eine fremde Wohnung darf man ja, wie bereits ausgeführt, nur unter bestimmten gesetzlichen Voraussetzungen eindringen. Tatsächliche Beobachtungen über Gesetzwidrigkeiten, auch solche, die den Verdacht strafbarer Handlungen in Wohnungen begründen, kann und soll man der Polizei stets mitteilen.

Es brauchen nicht immer strafbare Handlungen Voraussetzung zu sein. Kommt es doch vor, daß z. B. alte, alleinstehende Leute wochenlang tot in ihrer Wohnung liegen bleiben, bis endlich der Verwesungsgeruch den Nachbarn zu stark auffällt und polizeiliche Oeffnung der Wohnung veranlaßt wird. — Besondere Vorsicht, sofortige Mitteilung an die Polizei bei verdächtigem Gasgeruch aus Wohnungen oder Kellern ist zum allgemeinen Nutzen unbedingte Pflicht jedes einzelnen. Leider wird sie aus Gleichgültigkeit, Bequemlichkeit oder Unbeholfenheit manchmal erst erfüllt, wenn es zu spät ist.

Man sieht: Paragraphen überall, selbst im trauten Heim!

Väter und Mütter!

Eure gewerkschaftliche Pflicht ist noch nicht erfüllt, wenn nur ihr der Organisation angehört. Eure Pflicht ist es, die erwerbstätigen Familienangehörigen, besonders auch die in der Heimarbeit Beschäftigten, der Gewerkschaft zuzuführen. Und eure Söhne und Töchter gehören in die Jugendabteilung des Verbandes.

Die Polizei in Haushalt und Wohnung

Die Reichsverfassung bestimmt, daß die Wohnung jedes Deutschen für ihn eine Freistätte und unverletzlich ist. Ausnahmen sind nur auf Grund von Gesetzen zulässig. Nun, diese gesetzlichen Ausnahmen sind recht zahlreich. Es sollen hier aus dem schönen Vorschriftenkranz nur die herausgegriffen werden, gegen die am meisten verstoßen wird.

Ein weit verbreiteter Irrtum ist es z. B., daß man Störenfriede im Sinne des bekannten Hausfriedensbruchparagraphen dreimal zum Verlassen der Wohnung aufzuredern müsse, um ein rechtliches Vorgehen zu ermöglichen. Eine einmalige unzweideutige Aufforderung genügt. — Auch glaubt man meist, daß der sehr häufig bei einem Hausfriedensbruch zu Hilfe gerufene Polizeibeamte sozusagen die Rolle des Rausschmeißers zu übernehmen hätte. Ein Irrtum! Er wirkt hierbei nur als Schutz für den jeweils berechtigten Wohnungsinhaber, aber er stellt die Friedenstörer dabei fest.

Irrig ist auch die Ansicht, daß grundsätzlich jedem der Wohnungszutritt verweigert werden kann. Da hört z. B. ein Polizeibeamter Hilferufe aus einer Wohnung. Das berechtigt ihn, ohne weiteres in die betreffende Wohnung einzudringen, selbst gegen den Willen ihres Inhabers. Bei Feuers- und Wassernot oder sonstiger Lebensgefahr eines Wohnungsinhabers ist das ebenfalls selbstverständlich.

Auch bei Kontrollen aus gesetzlichen Gründen darf zuständigen Beamten der Zutritt nicht verweigert werden. Bei Verfolgung strafbarer Handlungen braucht mitunter der Wohnungsinhaber nicht einmal selbst der Missetäter zu sein: Die Polizei kann trotzdem in seine Wohnung eindringen. Ausnahmefälle allerdings! — Flüchtet beispielsweise ein ertappter Gesetzesfrevler in eine fremde Wohnung, so kann der verfolgende Polizeibeamte sie zwecks vorläufiger Festnahme des Täters betreten. Im Rahmen der Strafprozessordnung kann sie sogar durchsucht werden, wenn Tatsachen vorliegen, aus denen zu schließen ist, daß eine gesuchte Person, Spur oder Sache sich in den betreffenden Räumen befindet. Es müssen also sehr wohl auch ganz Unbeteiligte in gewissen Fällen Unannehmlichkeiten hinnehmen. Doch — es darf, wie gesagt, — nur auf Grund gesetzlicher Bestimmungen geschehen.

Inwieweit dem Hauswirt oder seinem Vertreter die Befugnis zum Betreten einer Wohnung zusteht, findet man gewöhnlich in seinem Mietvertrag.

Beschwerden über Ruhestörungen im Hause beschäftigen Gericht und Polizei recht häufig. Da spielt der liebe Wohnungsnachbar die halbe Nacht recht heftig Klavier; da lassen Meiers ihren Lautsprecher die halbe Nacht musizieren; da hat jemand einen Hund, der stundenlang



VERBANDSLEBEN



Wahltag - Gerichtstag

Nächstens soll das deutsche Volk wieder entscheiden, welchen Parteien es für die nächsten Jahre seine Geschicke anvertrauen soll. Diese Entscheidung dürfte nach den Erfahrungen der letzten Zeit der Arbeiterschaft nicht schwer fallen. Keine der bürgerlichen Parteien kann für einen denkenden Arbeiter in Frage kommen; denn in welcher Verkleidung sie auch auftreten, sie dienen alle der Erhaltung der „gottgewollten“ kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Diese „Ordnung“ hat die Arbeiterschaft unter Führung der Regierung Brüning ganz besonders zu kosten bekommen. Verbindlich erklärter Lohnraub, Drosselung der notwendigsten Sozialausgaben, Verschlechterungen der Krankenversicherung, Ersparnisse in der Arbeitslosenversicherung und anderes mehr. Dazu ein ganzes Bündel drückendster Massensteuern! Es sei weiter daran erinnert, daß trotz der riesigen Arbeitslosigkeit bis heute noch nichts von den bürgerlichen Parteien und ihrem Vollzugsausschuß dem „Kabinett der Tat“, unternommen wurde, um durch Arbeitsbeschaffung und Verkürzung der regelmäßigen Arbeitszeit die Flut der Arbeitslosigkeit wenigstens ein wenig einzudämmen. Das ist die, um ein Wort des Herrn Reichstagspräsidenten Hindenburg zu gebrauchen, „Wahrung der berechtigten Interessen der Arbeiterschaft“.

Können aber die bürgerlichen Parteien anders handeln, als sie bisher gehandelt haben? Behüte. Sie hängen ja alle mehr oder weniger von der Gunst der Dickverdiener ab und müssen sich folgedessen deren Willen unterordnen und deren Aufträge ohne Rücksicht auf das Wohl des arbeitenden Volkes in die Tat umzusetzen versuchen. Sie haben die Aufgabe, der Arbeiterschaft möglichst viel Sand in die Augen zu streuen, um ihr so die Erkenntnis von den Ursachen ihrer elenden Lage zu erschweren. Das Unternehmertum möchte am liebsten die ganzen Erwerbungsarbeiten der Arbeiterschaft beseitigen. Da sich das aber nicht mit einem Schlage bewerkstelligen läßt, so nimmt die bürgerliche Mehrheit der Volksvertreter einen Stein nach dem andern aus dem sozialpolitischen Gebäude heraus, hoffend, es auf diese Weise zum Einsturz zu bringen. An Beweisen für dieses Zerstörungswerk ist kein Mangel. Erinnert sei nur an die abermalige „Reform“ der schon mehrmals reformierten Arbeitslosenversicherung, die Verschandelung der Krankenversicherung und vieles andere mehr. Die bürgerlichen Parteien haben alle soviel an dem werktätigen Volke verbrochen, daß kein mit normalem Verstand ausgerüsteter Arbeiter ihnen auf die Leimruten kriechen wird. Keine Stimme den bürgerlichen Parteien!

Das gilt insbesondere auch für die Arbeiterfrauen. Sie, die unter der Arbeitslosigkeit des Mannes, den gekürzten Löhnen, den ständigen Preissteigerungen am schwersten leiden, sie sollten bedenken, daß es nur die sozialistische Partei gewesen ist, die ihnen das Wahlrecht und damit die staatsbürgerliche Gleichberechtigung verschafft hat. Darum müssen die Frauen, als die Finanzminister des proletarischen Haushalts, die unter den ständig steigenden Preisen sich den Kopf zerbrechen müssen, wie Einnahmen und Ausgaben in Einklang zu bringen sind, von dem Wahlrecht den richtigen Gebrauch machen. Auch für die Frauen gilt der Schlachtruf: Keine Stimme den bürgerlichen Parteien! Nur die allgrößten Käiber wählen...!

Nun darf man wohl getrost annehmen, daß die Reichstagswahlen einen scharfen Bock nach links bringen werden. Zuviel der Notwendigkeiten wirtschaftlicher und politischer Art harren ihrer Erfüllung. Die Arbeiterschaft hofft nun schon ein Jahrzehnt, daß es anders, daß es besser werde. Bis heute ganz vergeblich. Es genügt nicht, aus dem kapitalistischen Staate soviel herauszuschlagen, daß der sozial Wehrlose nicht ganz unter die Räder kommt. Die Produktion darf sich nicht nach dem Willen der Profitgötzen richten, sie muß der Bedarfsdeckung der Volksmassen dienen. Der Zustand, daß Natur- und Bodenschätze der Nutzung einer verhältnismäßig kleinen Schicht dienen, muß beseitigt werden. Die Massen sehen nur immer die gleiche graue Lebensfront, vor sich wie hinter sich. So ist es auch zu verstehen, daß viele Tausende ihre Reise durch die verschiedensten Parteien gemacht und zum Schluß bei den Nationalsozialisten „gelandet“, um Hörigen des vom Unternehmertum ausgehaltenen Faschismus geworden sind.

Die werktätige Bevölkerung macht die große Mehrheit unseres Volkes aus. Im Gegensatz zu ihrer Zahl steht leider immer noch ihr tatsächlicher Einfluß in Staat und Wirtschaft. Diesen ihr gebührenden Einfluß zu erkämpfen, ist jedoch nur möglich, wenn sie alles Trennende zurückstellt und gemeinsam gehandelt wird. Das Deutschland der Junker und Großverdiener, der Bürokratie, des überfütterten Militarismus und der schlechten Gerechtigkeitfabrikanten muß verschwinden. Vorbedingung hierzu ist, daß die Sozialdemokraten im Parlament tonangebend werden.

Der Wahltag ist Wahltag! Er bringt die Gelegenheit, die Reihen der Sozialisten zu verstärken. Das muß das Ziel aller Lohnarbeiter, aller fortschrittlich und republikanisch gesinnten Menschen sein.

Ebbinghaus.

Zur 27. Generalversammlung des Bergarbeiterverbandes

Die 27. Generalversammlung des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands tagte vom 20. bis 27. Juli in Breslau. Oberschafter war die Tagung von dem scheinlichen Ereignis auf der Wenzelsgrube in verhältnismäßiger Nähe des Tagungsortes, wo 151 Bergarbeiter durch einen plötzlichen

Kohlensäureausbruch den Tod fanden. Unter den Toten zählt der Verband 87 Mitglieder.

Wie aus dem Bericht des Vorstandes, den der Vorsitzende Husemann erstattete, zu entnehmen ist, hatte der Verband im ersten Quartal 1930 eine Mitgliederzahl von 194 871 aufzuweisen.

Die Krise im Bergbau wirkte in sozialer Hinsicht katastrophal. Allein im Ruhrgebiet wurden vom 1. Januar bis 28. Juni 1930 = 4 298 638 Freischichten eingelegt. Diese brachten den davon betroffenen Arbeitern einen Lohnverlust von 45,2 Mill. Mark. Der Lohnausfall durch Arbeiterentlassungen kann auf etwa 20 Mill. Mark geschätzt werden. Stabile Verhältnisse zeigt eigentlich nur noch der Kalibergbau.

Dem Bericht über die internationalen Verhandlungen auf dem Gebiete der Verständigungspolitik zur Regelung der internationalen Kohlenwirtschaft ist zu entnehmen, daß noch wenig erreicht wurde. Der Versuch, auf der letzten Konferenz über Bergbaufragen die Schichtzeit im Bergbau international zu vereinheitlichen, ist im letzten Augenblicke gescheitert.

Der Vorsitzende des ADGB, Hermann Müller, behandelte die „Rationalisierung in Wirtschafts- und Sozialpolitik“. Eine einstimmig angenommene Entschließung enthält den schärfsten Protest gegen die politischen Bestrebungen, die auf eine Drosselung der sozialpolitischen Aufwärtsentwicklung hinielen. Ernt wurde die Forderung auf Vereinheitlichung und Selbstverwaltung in der Sozialversicherung herausgestellt.

Die Kommunisten waren in Breslau so gut wie nicht vertreten. So konnte die alte Verbandsführung einstimmig wiedergewählt werden, was, wie der Vorsitzende Husemann in seinem Schlußwort mitteilte, in den Jahren seiner Zugehörigkeit zum Vorstand seit 1904 noch nicht vorgekommen sein soll.

Der Lebenshaltungsindex steigt weiter.

In das Gerede vom Preisabbau bringt der Preisstand der Lebenshaltungskosten schrille Mißtöne. Er ist nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts im Juli auf 149,3 gegen 147,6 im Juni gestiegen. Im Mai betrug der Index 147,0. Somit ist seit zwei Monaten eine ununterbrochene Steigerung zu beobachten. Hauptursache ist die Verteuerung der Lebenshaltung auf die Erhöhung der Lebensmittelpreise zurückzuführen. Die Zoll- und Subventionswirtschaft für die Landwirtschaft machen sich also bereits deutlich bemerkbar. Eigentümlich ist an der ganzen Sache, daß die Regierung und die Öffentlichkeit noch immer hofft, eine Preislenkung durchzuführen. Wenn innerhalb zwei Monaten die Lebenshaltungskosten sich um 2,3 Punkte oder um 1,5 vH verteuern, dann gehört schon ein robustes Gewissen dazu, im gleichen Augenblick Lohnherabsetzungen zu fordern. Jedenfalls trifft die Verteuerung der Lebenshaltung die arbeitende Klasse in einer Zeit, wo sie kaum imstande ist, weitere Verschlechterungen der Lebenshaltung auf sich zu nehmen. Der Lebensstand verschlechtert sich also zusehends. Es ist notwendig, dies deutlich zu betonen.

Der internationale Schülerbriefwechsel

Im Jahre 1920 begründeten der französische Gymnasialprofessor Duméril in Nantes und Dr. Appens in Dortmund den deutsch-französischen Schülerbriefwechsel. Zunächst waren es nur wenige, die diesem Gedanken eines unmittelbaren Sidnäherkommens der deutsch-französischen Jugend zustimmte. Aber das allmählich stärker werdende Verständnis für praktische Friedensarbeit erweiterte Jahr um Jahr den Kreis. Nun griffen auch die Behörden ein. Zuerst in Frankreich, in dem die Friedensgesinnung größer ist, als es die deutsche nationalistische Presse wahr haben will, im Volk und in der Politik. Das Kultusministerium in Paris errichtete eine Zentrale für die Organisation des Schülerbriefwechsels mit der Jugend anderer Nationen. In Deutschland wurde später Severing als Reichsinnenminister ein warmer Befürworter und Förderer solcher Verständigungsarbeit. Die Deutsche Liga für Menschenrechte hat auf dieser Grundlage noch einen bedeutsamen Schritt weitergemacht: vom Briefaustausch zum Schüleraustausch. Heute besteht nun unter der Leitung des Ministerialrats Dr. Löffler eine vom Reichsinnenministerium aus gegründete Deutsche Pädagogische Austauschstelle (Berlin W 57, Kurfürstenstraße 155), die den Schülerbriefwechsel mit Frankreich, England, Holland, USA, Italien und Spanien organisiert.

Diese Arbeit im Kleinen ist ungemein wichtig — vielleicht wichtiger als manche schöne Rede auf internationalen Kongressen. Kleine Bemühens sind das zum Aufbau einer neuen Menschheit, und sie sind notwendig, denn auch der größte Dembrand neben den großen tragenden Quadern die Kleinen Stützen, die erst dem Ganzen die vollendete Form geben.

Die Zahl der Ausgesteuerten wächst

Eine immer geringere Zahl von Arbeitslosen wird von der Versicherung unterstützt. Waren es Ende Februar noch 77,7 vH aller Arbeitslosen, die Anspruch auf Unterstützung aus Mitteln der Versicherung hatten, so ist Ende Juni der Satz auf 57,7 zurückgegangen. Hieraus ist zu ersehen, daß immer mehr aus der Arbeitslosenversicherung ausscheiden und der Krisenunterstützung oder der Wohlfahrtspflege der Städte zur Last fielen. Ein großer Teil der Arbeitslosen wird, je länger desto mehr, überhaupt aus jedem Unterstützungsverhältnis ausscheiden. Hier entwickelt sich ein Zustand, der ernsteste Beachtung verdient. Diese um so mehr, weil die Möglichkeit, Arbeit zu erhalten, von Woche zu Woche geringer wird.

Sprachecke

Liege, Schreibe, Schieße, Reibe, Bleibe

Eine lebende Sprache steht niemals still in ihrer Entwicklung, sie gleicht nicht (wie eine tote Sprache) einem See mit festem, rings umschließenden Ufer, sondern einem Strom, der unablässig weiterfließend stets neue Erscheinungen (Formen, Fügungen, Wörter) auf seiner Oberfläche hervorbringt. Eine Halbkutsche, ein halbverdeckter Wagen bezeichnen wir mit dem schieflichen Fremdwort „chaise“, ein Halbsofa mit einer Lehne, ein Liege-, Ruhe- oder ein Langpolster mit dem noch schieflicheren „chaise longue“. Warum nennen wir es nicht kurz Liege? Unsere Kinder sagen für den Schreibstift und wohl auch für die Schreibtisch-Schreibe, für das Schießgewehr Schieße, Reibe

Vom Vorstand

Telegrammschrift: Metallvorstand Berlin
Fernsprecher: Dönhoff 6750-53

Mit Sonntag, dem 17. August, ist der 34. Wochenbeitrag für die Zeit vom 17. bis 23. August 1930 fällig.

Sitzverlegung des Verbandes.

Der Umzug des Verbandes von Stuttgart nach Berlin ist vollzogen. Alle Zuschriften an den Vorstand des DMV, die Verlagsgesellschaft des DMV, die Firma Schlick u. Co., den Unterstützungsverein des DMV usw. sind nach Berlin SW 68, Alte Jakobstr. 148, zu richten. Das gleiche gilt für persönliche Schreiben an die Vorstandsmitglieder und die Beamten im Hauptbüro.

An die auswandernden Mitglieder.

Mitglieder, die im Ausland reisen und kein Reisegeld erheben, müssen zur Erhaltung ihrer Mitgliedschaft, unter Einzahlung ihres Mitgliedsbuches, beim Verbandsvorstand in Stuttgart Stundung der Beiträge beantragen.

Im Ausland arbeitende Mitglieder, die an ihrem Arbeits- oder Wohnort einer Metallarbeiterorganisation nicht beitreten oder zu einer solchen nicht übertreten können, haben sich nach § 5 Abs. 5 und § 34 des Verbandsstatuts unter Einzahlung ihres Mitgliedsbuches beim Verbandsvorstand als Einzelmitglied anzumelden.

Bei Nichtbeachtung dieser statutarischen Bestimmungen erlischt die Mitgliedschaft und kann nach etwaiger Rückkehr die erloschene Mitgliedschaft nicht fortgesetzt werden.

Die Ortsverwaltungen werden dringend gebeten, die Kollegen, die sich zu einer Reise ins Ausland oder zur Auswanderung abmelden, auf die statutarischen Bestimmungen aufmerksam zu machen.

Gestohlen wurden:

Mitgliedsbuch Nr. 6 304 303, lautend auf den Arbeiter Fritz Siebenhaar, geb. am 6. August 1904 zu Kotzenau. (Kotzenau.)

Mitgliedsbuch Nr. 6 822 956, lautend auf den Klempner Alfred Gröbe, geb. am 14. Februar 1910 zu Osterfeld. (Zeitz.) Berlin SW 68, Alte Jakobstr. 148.

Der Verbandsvorstand.

Zur Beachtung! Zuzug ist fernzuhalten!

von Carrossierarbeitern aller Branchen nach Basel St.; von Metallrücken nach St. Louis in Ober-Elsaß (Fa. Gröninger, Aluminiumfabrik) D.; von Silberarbeitern nach Burgdorf i. Hann. A. u. St. L. = Lohnbewegung; D. = Differenzen; v. St. = Streik in Sicht; St. = Streik; M. = Maßregelung; Mi. = Mißstände; A. = Aussperrung.

Anträge auf Verhängung von Sperren müssen von den Ortsverwaltungen über die Bezirksleitungen an den Vorstand eingereicht werden und ausreichend begründet sein.

Arbeitsuchende Mitglieder sind verpflichtet, auch wenn der betreffende Ort nicht in der Zeitung gesperrt ist, Erkundigung bei der zuständigen Ortsverwaltung oder, wo eine solche nicht besteht, beim Vorstand einzuholen. Das Schriftstück ist von der Verwaltung, der das Mitglied zurzeit angehört, zum Ausweis der Mitgliedschaft abzustempeln.

Allg. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter

und anderer gewerblicher Arbeiter (V.a.G.), Hamburg
Rothenbaumchaussee 20.

Einnahmen und Ausgaben der Hauptkasse im Monat Juli 1930.

Krankenkasse:	
Einnahmen	158 461,69 M
Ausgaben	37 357,87 M
Mehreinnahmen	121 103,82 M
Kassenbestand am 1. Juli 1930	1 583 607,18 M
Kassenbestand am 31. Juli 1930	1 704 711,— M

Sterbekasse:	
Einnahmen	75 565,60 M
Ausgaben	24 766,75 M
Mehreinnahmen	50 798,85 M
Kassenbestand am 1. Juli 1930	1 523 171,64 M
Kassenbestand am 31. Juli 1930	1 573 970,49 M

Kollegen aller Berufe! Schützt euch und eure Familie im Krankheitsfall vor Hunger und Not und tretet in die Metallarbeiterkrankenkasse ein. Folgt nicht den Lockungen der Agenten der bürgerlichen Versicherungen, wo ihr nur zu zahlen, aber nichts zu sagen habt. Bewahrt euch vor Schaden dadurch, daß ihr euch nur bei euren eigenen Unternehmungen versichert. Heute ist die Notwendigkeit der Zugehörigkeit zu einer guten Zuschußkasse dringender denn je, da der bei den Pflichtkassen erfolgte Abbau nur durch die Leistungen der Zuschußkassen ausgeglichen werden kann. Im Jahre 1880 von Arbeitern gegründet, besitzt die Kasse heute über 1000 Verwaltungen, die sich über das ganze Deutsche Reich erstrecken. Der Beitritt kann bei den örtlichen Verwaltungen jederzeit erfolgen, oder man wende sich an die Hauptverwaltung: „Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter und anderer gewerblicher Arbeiter (V.a.G.), Hamburg 13, Rothenbaumchaussee 20.“ Hamburg, im August 1930. Der Vorstand.

ist das Werkzeug zum Reiben, das Reibisen, wir haben z. B. eine Mandelreibe, eine Käse- oder eine Reibe.

In neuerer Zeit hat sich auch die Reibe hervorgeholt, zunächst nur schüchtern, obwohl wir schon lange die Verkleinerung „Reiben“ hatten: „Denn sie wollten gern für künftiges Bleiben kennenlernen.“ Wir haben hier keine bleibende Statt. Sehe jeder, wo er bleibt! Trotzdem suchte wir ein Logis oder eine Schlafstelle und sahen das Nächtliegende nicht, die Reibe. Die Wandervogel haben dieses Wort eingeführt. In einer Wirtschaft in der Dresdener Heide wird ein gewisser kleiner Raum, der zu einem längeren Aufenthalte weder geeignet noch bestimmt ist, als „Aus-trete“ bezeichnet.

Deutscher Sprachverein.

Ende der Internationalen Rohstahlgemeinschaft?

Die alarmierenden Nachrichten über die Krise der Internationalen Rohstahlgemeinschaft (IRG) überstürzen sich. Es dürfte kein Zweifel sein, daß das bedeutendste internationale Kartell in große Schwierigkeiten geraten ist. Auf die IRG hat das deutsche Unternehmertum große Hoffnungen gesetzt, namentlich als Ende 1929 die deutschen Eisensyndikate für 10 Jahre und auf wesentlich strafferen Grundlagen neu abgeschlossen wurden. Diese Hoffnung hat sich als trügerisch erwiesen. Die scharfe Krise auf dem Weltmarkt hat die Verbandsmüdigkeit in den romanischen Ländern wesentlich verstärkt. So stehen wir vor einem Zerfall einer internationalen Organisation, die man als die Vorstufe eines überstaatlichen Trusts für Eisen und Stahl ansah.

Obwohl die internationale Eisenkartellierung einen gemeinsamen Grundzug hat, ist sie nach verschiedenen Richtungen gegliedert. Neben dem Dachkartell der IRG bestehen Kontingentsabkommen und Verabredungen über Gebietsschutz und mehr oder weniger straffe Sonderverbände, wie das Schienenkartell, das internationale Röhrenkartell und das Kartell für Walzdraht. Die Stärke der IRG lag in der Mengenkontrolle. Eine Preisbindung in aller Form für Rohstahl hat nicht bestanden. Man suchte die Preise durch Beschränkung der Produktion und durch mündliche Abrede zu regulieren. Den einzelnen Ländern wurden bestimmte Anteile (Quoten) zugeteilt, die im großen ganzen den Produktionsrahmen bilden sollten. Wurden die festgesetzten Anteile überschritten, so traten Strafzahlungen in Kraft, die für die deutsche Industrie in bestimmten Zeitabständen eine große Belastung brachten. Seit dem 1. Januar 1930 ist das im Jahre 1924 erstmalig formulierte und später verbesserte Vertragwerk außer Kraft und wird heute nur noch durch mündliche Abreden aufrecht erhalten. Für die deutsche Eisenindustrie ist die Aufhebung der Strafzahlungsbestimmungen gerade in diesem Jahre ein harter Schlag, weil sie erstmalig für 1930 in Anbetracht des Erzeugungsrückganges erhebliche Ausgleichszahlungen hätte beanspruchen können. Deshalb wird man hierzulande den Zerfall der IRG gerade in diesem Zeitpunkt bedauern.

Kartelle und Syndikate werden vielfach als Kinder der Not bezeichnet. Auf internationalem Gebiete scheinen schwere Krisenzeiten den Tod internationaler Kartelle zu bedeuten. Als im Jahre 1929 die Krise einsetzte und der Produktionsrahmen der IRG (30 bis 32 Millionen Tonnen) nicht mehr ausgenutzt werden konnte, ging ein Land nach dem andern dazu über, heimliche oder offene Unterbietungen der mündlich verabredeten Preise und Verletzungen der sonstigen Abmachungen vorzunehmen. Dies geschah besonders von den belgischen und französischen Werken. Gefördert wurde dieses Bestreben, weil es nicht gelungen war, in diesen Ländern nationale Kartellorganisationen sowohl für die gesamte Produktion, als auch für einzelne Produkte wie Stabeisen, Bleche, Röhren, Draht, Halbzeug, Träger usw. zu schaffen.

Besonders in Belgien ist der Individualismus bei den Unternehmern noch so stark, daß sie sich schlecht an verbandsmäßige Bindungen gewöhnen können. Es besteht dort neben den Großwerken noch eine Reihe kleiner Walzwerke. Während sich die belgischen Großwerke mehr oder weniger an den Abmachungen hielten, brach ein Teil der reinen Walzwerke aus der gemeinsamen Front aus. Schließlich hat die belgische Firma Forges de Clabecq sich von der IRG getrennt. Diese hat daraufhin die Preise und Absatzbedingungen zunächst für Stabeisen, Bandeisen und Grobbleche vollständig freigegeben. Ein großer Preisssturz an den Welt-eisenmärkten war die Folge. Damit war der von den Deutschen seit Jahren angestrebte Versuch gescheitert, die internationale Eisenkartellierung über die Festsetzung des Produktionsanteils beim Rohprodukt hinaus durch Festlegung der Preise und Regelung des Absatzmarktes für Walzwerkserzeugnisse zu verstärken. Die internationale Eisenkartellierung insgesamt erhielt dadurch einen gewaltigen Stoß.

Zu diesen Mißerfolgen steht die Gründung des internationalen Halbzeug- und Trägerverbandes, die ab 1. August wirksam werden sollte, in einem gewissen Widerspruch. Erleichtert wurde die Gründung jenes Verbandes, weil hier in erster Linie große Konzerne in Frage kommen. Doch der Vertrag steht vorläufig noch auf dem Papier. Vielleicht gelingt es durch die Hochhaltung der Preise für Halbzeug die reinen Walzwerke, die Käufer dieses Produktes sind, gefügiger zu machen; immerhin kann darüber noch nichts Endgültiges gesagt werden.

Wie aber auch die Krise in der Internationalen Rohstahlgemeinschaft sich entwickeln möge, für Deutschland ist ein Preisssturz aus zwei Gründen nicht zu erwarten. Erstens bleibt der Eisenzoll nach wie vor in Kraft. Es sei denn, die Regierung würde gemäß ihrer Vollmacht die Eisenzölle für eine Zeit oder für immer außer Kraft setzen. Zweitens bestehen nach wie vor die Gebietsschutzabmachungen. Das mit dem deutsch-französischen Handelsvertrag in Verbindung stehende lothringisch-luxemburgisch-saarländische Kontingentsabkommen bleibt in Kraft. Dadurch bleibt die deutsche Westgrenze für billige Walzwerkserzeugnisse nach wie vor gesperrt. Die von den lothringischen, luxemburgischen und saarländischen Werken nach Deutschland zollfrei ausgeführten Produkte werden von den deutschen Syndikaten aufgenommen und zu den deutschen Verbandspreisen abgesetzt.

Auch mit Oesterreich und der Tschechoslowakei bestehen Verabredungen, die die deutsche Eisenindustrie vor Unterbietungen von dieser Seite aus schützen. Somit bleibt der deutsche Inlandmarkt von der ausländischen Konkurrenz verschont. Es wird also der Zustand weiter bestehen bleiben, daß Deutschland auf der einen Seite die größten und technisch hochstehendsten Eisenwerke hat, aber die Fertigindustrie hierzulande mit einem Eisenpreis rechnen muß, der zu 50 vH über dem Welt-

marktpreis liegt. Die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Fertigindustrie erfährt also von dem Zerfall der IRG vorerst keine Verbesserung.

Auf dem Welteisenmarkt wird zurzeit ein harter Wettbewerb ausgefochten. Die Preise für Stabeisen, Bleche, Formeisen usw. sind in wenigen Wochen um 30 bis 40 vH gesunken. Es ist nicht ausgeschlossen, daß durch diesen Kampf die Idee einer internationalen Kartellierung noch weiter ausgehöhlt wird. Dessenungeachtet vermögen wir an einen vollständigen Zerfall der internationalen Eisenkartelle nicht zu glauben. Das jahrelange Zusammenarbeiten der schwerindustriellen Werke Mitteleuropas wird nicht spurlos an ihren Einstellungen vorübergegangen sein.

Wenn auch vorläufig mehr oder weniger Neigung besteht, von überstaatlichen Bindungen loszukommen, so werden sich die Herren Eisenindustriellen doch wieder zusammenfinden, wenn die Verhältnisse einmal besser werden. Jedoch kann man mit Sicherheit annehmen, daß eine straffere Kartellierung über den alten Rahmen hinaus nicht eintreten wird. Die internationale Konkurrenz und das Bestreben, die durchnormalisierten und leistungsfähiger gestalteten Werke besser auszunutzen zu können, haben sich als stärkere Kraft erwiesen. Der internationale Eisentrust, ausgehend von den deutschen, luxemburgischen und französischen Werken, wird vorläufig und vielleicht für immer ein Traum sein. Die nationale Verbundenheit und der Schutz der eigenen Belange sind stärker als zwischenstaatliche Trustgebilde.

Kunde aus Sowjetrußland Der ständige Arbeiterwechsel in der Industrie

Die „Sowjet-Industrialisat“ (vom 29. Juli 1930), das Blatt des Obersten Volkswirtschaftsrates der Sowjetunion, d. h. der höchsten Industriebehörde, berichtet über den besorgniserregenden Wechsel der Arbeiter in der Sowjetindustrie: „Die Lage ist in bezug auf den ständigen Arbeiterwechsel in der Sowjetindustrie wirklich bedrohlich geworden. Davon sprechen die Statistiken, darüber berichtet täglich die Sowjetpresse. Besonders katastrophal ist die Lage im Donezbecken und im Uralgebiet, unter den einzelnen Zweigen der Volkswirtschaft im Verkehrswesen. Im Donezbecken sind im ersten Halbjahr 1929/30 195 000 Arbeiter hinzugekommen und 167 000 abgewandert.“

Der Frage der Maßnahmen, die gegen den ständigen Arbeiterwechsel in der Sowjetindustrie getroffen werden müssen, war ein Sonderbericht im Präsidium des Zentralrats der Sowjetgewerkschaften gewidmet. Dieser Kampf kann nicht nur in einer Richtung geführt werden, da der ständige Arbeiterwechsel nicht auf eine Ursache allein zurückzuführen ist. Von diesen Ursachen sind im Präsidium des Zentralrats der Sowjetgewerkschaften mehrere erwähnt worden: die günstige Lage des Arbeitsmarktes infolge des starken Rückganges der Arbeitslosigkeit, verschiedene Lohnhöhen bei Arbeitern der gleichen Berufe, schlechte Wohnungsverhältnisse, unbefriedigender Stand des Arbeitsschutzes in einzelnen Betrieben, falsche Verwertung der Arbeitskräfte, die Schwierigkeiten der Lebensmittelversorgung, ungenügende Berücksichtigung der Förderung der gelernten Arbeiter durch die Betriebsleitung usw.

Die verschiedenen Gründe bedingen auch die verschiedenen Maßnahmen, die in der Sitzung vorgeschlagen wurden. Man kann sie in drei Gruppen einteilen: wirtschaftliche Förderung, öffentlicher Druck und administrative Maßnahmen. Zur ersten Gruppe gehört der vom Arbeitskommissariat ausgehende Vorschlag, wonach Arbeiter, die längere Zeit in einem Betrieb tätig bleiben, besondere Lohnzuschläge erhalten sollen. Das Arbeitskommissariat schlägt vor, die Löhne der Arbeiter, die in einem Betriebe länger als zwei Jahre arbeiten, um 7 Proz. zu erhöhen, bei Arbeitern, die 5 bis 10 Jahre in einem Betriebe tätig sind, um 15 Proz. und um 20 Proz. bei Arbeitern, die ununterbrochen 10 bis 15 Jahre in einem Betriebe arbeiten. Ferner sieht das Arbeitskommissariat eine Verlängerung der Urlaubszeit für die Arbeiter vor, die längere Zeit in einem Betriebe arbeiten, ferner eine Abfindung in Höhe des Dreimonatslohnes für Arbeiter, die von der Betriebsleitung entlassen werden, nachdem sie mehrere Jahre in dem betreffenden Betriebe tätig gewesen sind. Von öffentlichen Druckmaßnahmen wurde die Bildung von Arbeitergerichten vorgeschlagen, die „hartnäckige Flieger“, wie diejenigen Arbeiter genannt werden, die ihre Arbeitsstätte ständig wechseln, verurteilen sollen. Als Strafe ist u. a. der Ausschuß aus dem Gewerkschaftsverband vorgesehen. Gegen die „beruflichen Flieger“, die den Umstand verwerten, daß ihr Spezialfach zu den „Defizitberufen“ (Berufe, an denen Mangel herrscht), zählt, sollen administrative Maßnahmen ergriffen werden, und zwar u. a. auch die Entziehung der Arbeitsberechtigung auf eine bestimmte Zeit.

Viel wurde auch über die schlechte Tätigkeit der Arbeitsbörse gesprochen. Trotz der vielen Regierungsbeschlüsse beschränken sich die Arbeitsbörsen ausschließlich auf eine neutrale Registrierarbeit...

Schlimm stehts in der Metallindustrie Polens

Wenn schon in allen europäischen Ländern die Metallindustrie in einer nie dagewesenen Krise steckt, kann naturgemäß die polnische nicht davon verschont geblieben sein. Sie hat besondere Schwierigkeiten zu überwinden, da sie im Schoße eines jungen Staates keine altbewährten Geschäftsverbindungen und auch — was das Wichtigste ist — keine kaufkräftige Kundschaft im eigenen Lande hat.

In welcher Lage sich die polnische Metallindustrie gegenwärtig befindet, geht aus Berichten hervor, die auf einer Konferenz des polnischen Verbandes der Metallindustriellen erstattet wurden. Der Lokomotivbau ist gegenüber der normalen Erzeugung um 60 vH zurückgegangen. Sehr unregelmäßig beschäftigt ist der Waggonbau. Während eine Fabrik noch 80 vH ihrer Leistungsfähigkeit belegt, haben alle anderen Fabriken eine viel kleinere Beschäftigungsgrundlage. Auf Güterwagen liegen fast gar keine Bestellungen vor, für Personenwagen etwa die Hälfte der normalen Beschäftigung. Die Waggonfabriken machten dem Verkehrsministerium den Vorschlag, zu Lasten des Staatshaushalts für die nächstkommenden Jahre Waggons zu liefern. Der Verkehrsminister hält aber mit den Bestellungen zurück, vielleicht schon aus dem Grunde, weil das Verkehrsministerium für gelieferte Waggons dick in der Kreide sitzt.

Bezüglich der Metallbearbeitungsmaschinen ist die Erzeugung gegen 1929 um 40 vH zurückgegangen. Aussichten auf Besserung sind nicht vorhanden, denn der Regierung stehen für

Geldanlagen keine Mittel zur Verfügung und die Privatindustrie hat dafür aus Mangel an Aufträgen keinen Bedarf. Arbeiterentlassungen und Kurzarbeit sind die Folge.

An Textilmaschinen ist nur ein ganz geringer Bedarf, weil die Textilindustrie aller Länder, ganz besonders aber in Polen, von der Krise geschüttelt wird. Für landwirtschaftliche Maschinen und Werkzeuge ist die schlechte Lage nicht mehr zu unterbieten. Schon der Frühjahrsbedarf hatte einen sehr schwachen Absatz, weshalb die Fabriken ihre Erzeugung einschränken mußten, um nicht zuviel Ware auf Lager nehmen zu müssen. Die Aussichten für die Zukunft sind ebenfalls wenig verlockend und sind größtenteils abhängig von der staatlichen Hilfsaktion, die den Agrariern versprochen wurde. Die Zahlungen laufen nur spärlich ein. Wenn auch die Zahl der übrigen zahlreichen Protestwechsel nicht gestiegen ist, so sind die Fabriken doch oft gezwungen, die Wechsel ihrer Kunden einzulösen, um diese nicht fallit werden zu lassen.

Für elektrische Maschinen ist der Absatz ebenfalls ganz gedrückt; gegen 1929 ist er um 30 vH gefallen. Die gleiche Beschränkung ist in den Fabriken für Mahlmächinen und Waagen zu verzeichnen. Die Gießereien in Warschau produzieren 30 vH weniger, die Bestellungen langen meist nur für einige Tage. Deswegen sollen einige Betriebe stillgelegt werden. Eine solche Erscheinung in der Saison hat sich überhaupt noch nicht bemerkbar gemacht. Etwas besser beschäftigt (etwa 50 vH) sind dagegen die Gießereien in den Bezirken Radom, Kelze, Posen und Pomerellen. Die Betriebe für Brückenbau und Eisenkonstruktionen hatten nur 27 vH der Aufträge des vorigen Jahres, die Kesselfabriken und -installationen nur 30 vH.

Die Schwere des wirtschaftlichen Rückganges ist auch aus der Zahl der geleisteten Arbeitsstunden ersichtlich. Eine Untersuchung des Unternehmerverbandes, die sich auf 184 Fabriken erstreckt, ermittelte für Februar 9216 624 Arbeitsstunden, für April nur noch 8 361 630. Der Rückgang beträgt also 11 vH. Da der Rückgang der Arbeitsstunden von Januar 1929 bis Januar d. J. 30 vH und von Februar bis einschließlich April d. J. 11 vH beträgt, so folgt daraus, daß die Beschäftigung innerhalb 15 Monate um 32 vH gefallen ist. Deutlicher gesagt: jeder dritte Metallarbeiter wurde im Laufe dieses Zeitraumes auf die Straße gesetzt. Fast alle Fabriken berichten von Entlassungen und Arbeitszeitverkürzungen. Keine Woche vergeht, in der nicht dem Metallarbeiter-Verband von dieser betrieblichen Erscheinung berichtet wird. Hierbei ist die empörende Tatsache anzuprangern, daß trotz der sowieso elenden Löhne die Unternehmer immer noch versuchen, die Löhne weiter zu beschneiden. Sie nutzen so die Notlage aus. Dabei hilft ihnen sogar der Arbeitsminister, indem er mit ihnen unter Ausschaltung der Arbeitervertreter über Lohnabbau verhandelt, wozu ihm die Lohnsenkungsaktion besonders in Deutschland einen willkommenen Vorwand bietet.

Überhaupt bekundet die Regierung in allen wirtschaftlichen Fragen einen Optimismus, der eigentlich zu bewundern wäre, wenn er nicht die Bestimmung hätte, die Öffentlichkeit über den wahren Stand der Dinge zu täuschen und die grollenden Schichten der werktätigen Bevölkerung zu beschwichtigen. Fast täglich kann man in der Regierungspresse lesen, daß sich die wirtschaftliche Lage allmählich hebe und ein guter Geschäftsgang in naher Aussicht stehe. Zum Beweis dieser Behauptung werden die gewagtesten Scheingründe ins Feld geführt. Die Arbeitsämter berichten sogar von einem ständigen Rückgang der Arbeitslosenzahl. Dieserhalb bedienen sie sich der folgenden Spitzfindigkeit: Wenn der Arbeitslose nach 15 oder 17 Wochen ausgesteuert ist, soll er sich jeden Monat einmal auf dem Arbeitsamt melden. Da er aber aus Erfahrung weiß, daß ihm das Arbeitsamt doch keine Arbeit vermittelt, geht er überhaupt nicht hin. Ein solcher Mann wird dann vom Arbeitsamt von der Arbeitslosenliste gestrichen und dem Rückgang der Arbeitslosigkeit einverleibt. Auf diese Weise muß natürlich die Zahl der Erwerbslosen ständig zurückgehen, weil ja gleicherweise die Zahl der Ausgesteuerten steigt. Ein einfaches Verfahren, die Arbeitslosigkeit aus der Welt zu schaffen!

Victor Kalinowski.

Löhne in der nordamerikanischen Flugzeugindustrie

Aus Washington wird uns geschrieben: Von den neuen Industrien wurde gesagt, sie würden einen Teil der in den anderen Gewerben überflüssig gewordenen Leute aufnehmen. Das ist zwar auch geschehen, doch in viel geringerem Umfange, als angenommen wurde. Und außerdem werden in den neuen Industrien bei weitem nicht die erwarteten guten Arbeitsbedingungen gewährt.

Es gibt wohl kaum eine Tätigkeit, die so viel berufliches und sonstiges Geschick erfordert, wie die Herstellung von Flugzeugen und ihrer Motore. Eine kürzlich veröffentlichte amtliche Untersuchung dieses Gewerbes zeigt, daß darin im Jahre 1929 14 396 Leute beschäftigt waren, wovon 3290 Fahrzeugmotoren herstellten. Von der Gesamtzahl waren 234 Frauen. Die durchschnittliche Vollarbeitszeit betrug 47,9 Stunden die Woche in den Flugzeugwerken, in den Motorenfabriken durchschnittlich 48,9 Stunden. Die Fünftagewoche hat in dieser Industrie noch keinen Eingang gefunden.

Die Herstellung der Flugzeuge und ihrer Maschinen verlangt einen hohen Grad von Geschick, aber das kommt in der Bezahlung nicht zum Ausdruck, denn der grobe Durchschnitt der Leute in den Flugzeugfabriken ist nur 66,9 Cents (= 2,90 M) die Stunde. Ein wenig höher ist der Durchschnitt bei den Motorenarbeitern, wo er sich auf 70,6 Cents beläuft. Der wöchentliche Durchschnittsverdienst beträgt bei voller Arbeitszeit nach der amtlichen Erhebung 34,52 Dollar oder etwa 145 M. Das sind, wie erwähnt, die großen Durchschnitte. Einzelne Gruppen erhalten natürlich mehr, andere weniger. Drei Gruppen bekommen nach der amtlichen Ermittlung mehr als den Durchschnitt, nämlich die Maschinenhersteller, bei denen der Stundenlohn auf etwa mehr als auf 86 Cents steigt.

Der Durchschnittslohn der Arbeiterinnen schwankt von 12,97 und 19,58 Dollar die Woche. Daß diese Bezahlung viel zu niedrig ist, wird noch durch die Tatsache erhärtet, daß die im Flugzeugbau beschäftigten Frauen besondere Ausbildungskurse durchgemacht haben, um den Anforderungen dieses Berufes zu entsprechen.

So weit es sich bis jetzt übersehen läßt, gibt es in den neuen Industrien Nordamerikas vorderhand erst eine, die ihre gelerntten Leute verhältnismäßig gut entlohnt, nämlich das Filmgewerbe. Freilich trifft das nur auf den Teil dieser Berufsschicht zu, der gewerkschaftlich gut organisiert ist. Die Flugzeugindustrie dagegen hat sich schneller entwickelt, als die Organisation ihrer Arbeiter. Dies mag der Hauptgrund sein, daß diese Gruppe auf der amerikanischen Lohnleiter verhältnismäßig weit unten steht, obwohl ihre Arbeiter beruflich zu den tüchtigsten zählen.

Ist nur die auf Liebe gegründete Ehe sittlich, so auch nur die, worin die Liebe fortbesteht. Die Dauer des Anfalls der individuellen Geschlechtsliebe ist aber nach den Individuen sehr verschieden, namentlich bei den Männern, und ein positives Aufhören der Zuneigung oder ihre Verdrängung durch eine neue leidenschaftliche Liebe macht die Scheidung für beide Teile wie für die Gesellschaft zur Wohltat. Nur wird man den Leuten ersparen, durch den nutzlosen Schmutz eines Scheidungsprozesses zu waten.

(Friedrich Engels: Ursprung der Familie)

Von dieser „schlechten“ Wirtschaftslage

Schlechte Wirtschaftslage! Darunter versteht man einen Zustand, bei dem ein Volk oder auch mehrere Völker ganz oder teilweise nicht mehr in der Lage sind, ihre wirtschaftlichen Bedürfnisse zu befriedigen, das heißt also, sich zu nähren, zu kleiden und menschenwürdig zu wohnen. Wer in Deutschland, in England oder in Amerika befindet sich in einer solchen Lage oder wird von einer solchen betroffen? Die Arbeitslosen! Zweifellos. Sie sind außerstande, ihre wirtschaftlichen Bedürfnisse auch nicht nur annähernd zu befriedigen, schon gar nicht, wenn sie angesteuert sind oder in einem Lande, wo es keine Arbeitslosenversicherung gibt. Die Altrentner, die Kriegskrüppel und andere in ihrem Lebensstand herabgesetzte Menschen auch. Für diese Menschen ist die schlechte Wirtschaftslage kein Märchen, sondern grausame Tatsache.

Schlecht geht es ferner einem Teil der Arbeiterschaft, der unter so hundsmiserablen Löhnen schuften muß, daß der Ertrag der Arbeit nie zum Leben ausreicht. Auch einige Teile des Mittelstandes und des aussterbenden Handwerkes geht es wirklich schlecht. Aber weiß der Kapitalist etwa etwas von einer schlechten Wirtschaftslage, wenn er heute seinen rationalisierten Betrieb bloß ein halbes Jahr laufen lassen braucht, um dasselbe zu verdienen wie früher, wo er seinen Arbeitern das ganze Jahr hindurch Beschäftigung gab? Wir studieren doch auch die Jahresabschlüsse der Aktiengesellschaften und können uns ein Bild davon machen, ob sich von ihren Dividenden und Überschüssen leben läßt. Oder kann vielleicht der Krämer, von dem wir das Jammern schon immer gewohnt sind, von einer schlechten Wirtschaftslage reden, wenn er an der Margarine mehr verdient wie an der guten Butter, als wir sie uns noch kaufen konnten?

Und man die Absatzkrise. Sehen wir uns einmal unsere Ausfuhrüberschüsse vom vorigen Jahr an! Oder greifen wir einen der letzten Monate heraus, den Juni. Rund 100 Millionen Ausfuhrüberschuß! Und dann spricht man immer noch, wir müssen unsere Umsätze im Auslande steigern. Glaubt man ernstlich, daß wir sie ins Unendliche steigern können? Angenommen, das Ausland würde das ganze Feld des Weltmarktes den deutschen Kapitalisten überlassen, so würden sie dennoch weinen nach neuen Absatzmöglichkeiten, würden ihre Betriebe um zwei Monate im Jahr länger laufen lassen, würden die Verdienste der erhöhten Ausfuhrüberschüsse einstreichen und ihre Arbeiter anstatt sechs Monate vielleicht nur vier Monate auf die Straße setzen.

Und Absatzsteigerung im Inland? Es wird doch gekauft, soweit Geld vorhanden ist! Der Arbeiter bringt doch jede Woche das Geld, das er verdient, zum Krämer, zum Bäcker usw. Und sogar der Arbeitslose frisst seine Unterstützung nicht auf, sondern leiht sie zurück ins Wirtschaftsleben, auch wenn er sich nur Kartoffeln oder Margarine kaufen kann. Aber der Arbeiter kann doch nicht mehr angeben, als man ihn verdienen läßt. Kein Mensch hält sein Geld in Deutschland fest, keiner versteckt es wie in alten Zeiten im Strumpf. Selbst diejenigen, die sich noch ein paar Groschen sparen können, bringen es zur Sparkasse und führen es der Wirtschaft zu. Wenn man aber für die Waren, im Vergleich zum Lohn- und Gehaltseinkommen der Käufer, so übertrieben hohe Preise setzt, weil sowohl die Industriemagnaten wie auch der Handel an Profiten nicht genug kriegen können, und wenn man auf der anderen Seite immer noch nach Lohnabbau zetert, wie will man denn dann den Absatz steigern? Und wenn

man einigen Millionen überhaupt nichts zu verdienen gibt, was sollen da die großen Inserate, was soll die schönste Lichtreklame, was die verführerische Ausstattung der Schaufenster nützen, wenn der Arbeitslose mit dem leeren Geldbeutel draußen steht?

Gedankenlos sagt man so hin, die Kaufkraft des Volkes muß gehoben werden. Wie denn? Durch Lohnabbau? Einfach kindisch, auf der einen Seite von Kaufkrafthebung zu reden und auf der anderen die Löhne abbauen zu wollen. Die Profitrate muß herunter, dann können die Preise gesenkt werden. Bei der Kohle fange man an und beim Schnürsenkel und bei der Rasierklinge höre man auf. Die Rationalisierung der Kohलगewinnung ist soweit fortgeschritten, daß der Kohlenpreis spielend eine erhebliche Preissenkung verträgt. Sinkt der Kohlenpreis um 30 vH, dann kann jedes Produkt ebenfalls um 30 vH gesenkt werden. Es gibt doch kein Lebensmittel, keinen Gebrauchsgegenstand, den ich heute nicht mit 100 vH und darüber hinaus Profitanteil kaufen muß. Der Erzeuger will 50 vH verdienen, der Großhandel arbeitet nicht unter 50 vH, der Zwischenhandel will ebenfalls 50 haben und der Kleinhandel will es auch nicht billiger tun. Das ist noch gering angenommen, denn sehr oft müssen wir Dinge kaufen, an denen der Handel allein über 200 vH verdient! Hier liegt die Schwäche unserer Kaufkraft. Lohnsenkung, wenn jemand 70 Pf. Stundenlohn hat und für eine Rasierklinge 30 Pf. ausgeben muß, die bei ihrer Massenherstellung keine drei Pfennige Kosten verursacht, ist Wahnsinn. Die Löhne vertragen bei ihrer heutigen Kaufkraft im Vergleich zur Rasierklinge keine Senkung, wohl aber die Preise der Rasierklinge, an der noch genug verdient wird, wenn sie um die Hälfte weniger kostet.

Und das Schlagwort von den sozialen Lasten! Bitte schön, ihr Herren Unternehmer, ihr braucht ja keine soziale Lasten zu tragen, wenn ihr dem Arbeiter auch den Anteil am Ertrag seiner Leistung zukommen läßt, der ihm gebührt. Die Arbeitslosenunterstützung ist sofort überflüssig und vermischt euch keine Kosten mehr, wenn ihr eine gerechte Verteilung des Arbeitsertrags vornehmen würdet. Die Krankenversicherung geht auf ein Geringes ihres jetzigen Aufwandes zurück, denn eine Arbeiterschaft, die bei einigermaßen auskömmlichen Löhnen ihre sichere Existenz hat, wird auch gesund sein. Was die Menschen krank macht, was ihnen jeden Mut zum Leben geraubt, was ihre Nerven und ihre Gesundheit zermüht hat, das ist doch nur dieses Hungerleben bei unzureichender Unterstützung, das jeden zwingt, auch die Körperpflege, die Erhaltung der Gesundheit zu vernachlässigen. Ihr jammert über die hohen Kosten der Unfälle! Warum? Jagt, Hastet, Treibt zwecks Leistungssteigerung — der Arbeiter verliert den Kopf, greift in die Räder der Maschine, fällt herunter vom Gerüst oder von der Leiter, und ihr macht ihm zum Vorwurf, daß er euch Kosten macht! Warum dieses Treiben, warum Leistungssteigerung, wenn der Druck, den ihr erzeugen laßt, doch nicht verkauft werden kann?

Alles Widersprüche in euren Schlagworten, ihr Herren Kapitalisten. Die schlechte Wirtschaftslage — für euch ist sie nur ein Märchen, denn ihr wollt es gar nicht besser haben, als es euch ohnehin geht. Und für die Armen habt ihr sie künstlich hervorgerufen, da wird sie künstlich hochgehalten, da werden Phrasen und Schlagworte gezüchtet, bis sich eines Tages doch die Opfer eures Wahnsinns einmal zusammen tun und eurem schamlosen Treiben für alle Zeiten eine Grenze setzen. Dr. Rakus.

„Unsichtbarer Lohn“

Der „Uhu“ hat kürzlich in seiner Weise erzählt, daß es wenigstens zweihundert Wörter gebe, die man heute allgemein kennt, obwohl sie vor zwanzig Jahren noch nicht einmal bestanden. Es muß wohl viel mehr geben. Namentlich wenn man alle neuen „Begriffe“ der Wissenschaften hinzuzählen will. Das Neueste, was in dieser Beziehung zu buchen ist, stammt von Egon Bandmann im „Wirtschaftsdienst“. Es geht eigentlich nicht an, die Bekanntheit mit der neuen Begriffsbildung durch einen spaffigen Hinweis auf den „Uhu“ zu vermitteln. Die Angelegenheit ist bitter ernst. Worum es sich handelt, zeige ein Zitat (Egon Bandmann im „Wirtschaftsdienst“ 25/1930):

„Jedenfalls wird man sich bei der ganzen Lohnsenkungsaktion darüber klar sein müssen, ob man die Gemeinden und die Länder von den unsichtbaren Lohnzuwendungen (Bäder, Bibliotheken, Kinderheime) entlastet, oder ob man die Individuallöhne senken will. Beides zusammen scheint unmöglich zu sein, wenn man die obersten Löhne so drastisch reduzieren will, wie hier vorgeschlagen wird. Da mit den unsichtbaren Löhnen (beidemal von uns hervorgehoben) eine einheitliche Auftragsverteilung verbunden ist, scheint eine Kürzung des Individuallohnes vorzuziehen zu sein.“

Man sagt, daß bei der Geburt des Virgil eine Pappel gepflanzt worden sei, die bald größer wurde als alle anderen Bäume. Zum Ruhme des Dichters. Man müßte auch irgendeine Stange zu Ehren des neuen Begriffs pflanzen, denn selten ist es in der deutschen Wirtschaft so offenkundig geworden wie durch den Ausdruck von „unsichtbarem Lohn“, welche Summen von Proletarierfeindschaft sich hinter scheinbar harmlosen Wortgebilden verstecken, wie scheinbar harmlose Begriffe zu Panzerwagen im Kampfe gegen die Kulturforderungen der Arbeiter werden können. Wir wollen ganz sachlich sein und den Verfasser, dessen Verdienste in bezug auf Klärung anderer Fragen nicht angezweifelt sind, mit „böser Absicht“ nicht belasten. Denn bleibt aber immer noch die Tatsache, daß sich der Begriff vom „unsichtbaren Lohn“ in allem Ernste bilden konnte, ohne allseitig sofort abgelehnt zu werden. Ja, es ist anzunehmen, daß die Begriffsbildung in arbeiterfeindlichen Kreisen Deutschlands als eine erfolgreiche Wertschöpfung begriffen wurde.

In Zukunft würde man beweisen, daß Tarifföhne bisherigen Begriffes die richtigen Löhne gar nicht sind, weil der „unsichtbare Lohn“ (Bäder, Bibliotheken, Kinderheime, Ruhebänke, Lehrmittellabgabe, Schulzahnpflege usw.) nicht zugezählt ist. Jetzt weiß man es endlich, wie gerissen die Arbeiter, ihre Redakteure und Sekretäre sind, denen es gelungen ist, den Lohn jahrzehntelang unter einem verbrämenden Begriff flaggen zu lassen.

Es kann nicht schwer sein, nachzuweisen, daß der Begriff vom „unsichtbaren Lohn“ ein sprachlicher Mißgriff ist, weil als Lohn nur etwas in Betracht fallen kann, was direkter Bestandteil des Preises der Arbeitskraft ist. Nennals ist Lohn, was von Gesellschaft wegen dem öffentlichen Wohle dient. Wollte man das als Lohn auffassen, so käme man beispielsweise zu dem Schluß, daß der Ledige bei nominell gleichem Lohn weniger Lohn erhält als der Verheiratete, weil er die Einrichtung der Schule für seine Kinder (die er nicht hat) nicht in Anspruch nehmen kann. Mit einem solchen Wortspiel käme man wirklich nirgendwohin, und die ganze volkswirtschaftliche Wissenschaft käme vom ohnehin babylonischen Begriffswirrwarr in einen einzigen Gallimathias hinein. Aber — und das ist für praktische Leute vielleicht ausschlaggebend: Warum sollte man, falls man den „Begriff“ vom unsichtbaren Lohn anwendet, nicht auch vom „unsichtbaren Profit“ reden? Gerade in Deutschland? Bitte: Baut nicht das Reich und bauen nicht die Länder schöne Antostätten? Den Neubauwert der deutschen Straßen berechnet man (Bauen und Wirtschaft 1928/3) auf 9 Milliarden Mark. Sind diese Werte nur zum Wohle der Proletarier da, oder wären nicht vielleicht die Proletarier froh, wenn die Straße ihnen nur ein Zehntel so viel Vergnügen bereiten würde, wie etwa den Unternehmern oder der Umgebung des Herrn Hugenberg?

Vor dem Kriege betrugen die reichsöffentlichen Theaterausgaben 33 Millionen Mark. 1927 waren es (nach dem MdW.) schon 147 Millionen. Liegen hier auch „unsichtbare Löhne“ verborgen? Gehen in Deutschland jene, die 40 Mk. die Woche verdienen, ins Theater, denen Egon Bandmann 5—10 Proz. Lohnabbau zagedacht hat, oder die 45mückigen, welchen Lohn der gleiche Autor als Richtschnur für die Zukunft zu bezeichnen wagte? Vor dem Kriege kostete ein Duzendstücht 1900 Mk. je Tonne. Den

Panzerkreuzer A kostet 7500 Mk. je Tonne. Geht da alles mit rechten Dingen zu, oder sind vielleicht unsichtbare Profite in diesen Zahlen enthalten? Zweifellos, doch ist das als Analogieschluß vielleicht nicht vollwertig, obwohl hier auch die öffentlichen Stellen zahlen. Aber das dürfte für die Profitbezieher den Vergleich mit der Subventionierung von Bädern, Kinderheimen und Bibliotheken aushalten: Hat nicht die Subventionierung der Luftkassa seinerzeit gerade deshalb so viel Staub aufgewirbelt, weil jedermann zur Einsicht kam, daß das Reich den Herren Flugreisenden einen großen Teil der Reise zahlt? Hier hat man überall von unberechtigten Subventionen gesprochen. Und das war richtig so.

Aber warum sollte man nicht auch „unsichtbare Profite“ sagen, wenn man schon einen Jack London von irgend-einer subventionierten Bibliothek als „Lohn“ bezeichnet? Es ist offensichtlich für jeden, der in der Politik mittut oder nicht mit offenen Augen schläft, daß ein großer Teil der öffentlichen Kulturausgaben in allen Ländern zugunsten der vermögenden Schicht geschieht. Um so unerfindlicher ist es, wie man versuchen kann, eine Lohnsenkungsaktion damit zu begründen, daß man neben den wirklichen Lohn den sogenannten „unsichtbaren“ stellt, es aber unterläßt, in zwingender Analogie hierzu von „unsichtbaren Profiten“ zu reden.

Die Volkswirtschaft hat eine Mission zu erfüllen, deren Größe nur die Unwissenheit nicht sieht. Diese hohe Mission liegt in der Aufräumungsarbeit auf dem Segensweg zum Volkswohlstand. Man kann daher nur tief bedauern, wenn Volkswirtschaftler von Ruf im nervösen Drang einer aufgeregten Zeit zu terminologischen Taschenspielerereien greifen, die dazu angetan sind, demjenigen Teil des Volkes schweren Schaden zuzufügen, für den der Wohlstand bis jetzt ohnehin nur ein paradiesischer Wunsch, aber noch nie irdische Wirklichkeit war.

Lohnsenkung das verfehlete Mittel

Welche Vorteile hat man nicht alles von der Senkung der Nominallöhne erwartet? Vor allem glaubte man die Arbeitslosigkeit durch Herabsetzung der Löhne beseitigen zu können. Im Magazin der Wirtschaft (Nr. 28) geht Dr. Hans Neisser diesem Problem gründlich zu Leibe. Der Verfasser kommt nach ausführlicher Erörterung der Dinge zu dem Schluß, daß mit einer Lohnsenkung die Arbeitslosigkeit nicht behoben werden kann. Greifen wir heraus, zu welchen Schlüssen der Verfasser kommt: Durch Lohnsenkung die Ausfuhr stärker befruchten zu können, stößt auf große Schwierigkeiten. „Die weltpolitische Konsequenz einer solchen überlegten Politik wäre höchstwahrscheinlich die weitere Steigerung der Schutzzölle des Auslandes, wie ja auch die amerikanische Schutzzollpolitik ausdrücklich mit dem europäischen „Lohndumping“ begründet wird; und so wäre der Endeffekt, daß man dem Ausland auf Kosten der deutschen Arbeiterschaft billige Waren lieferte, die fiskalischen Einnahmen der ausländischen Staaten durch eine Art zusätzlicher Reparationsabgabe erhöhte und im ganzen doch nur eine sehr geringfügige Steigerung des deutschen Produktions- und Ausfuhrwertes erreichte.“

Die Wirkung einer Lohnsenkung auf die Kapitalbildung ist an sich nicht zu leugnen. Bezweifelt muß aber werden, ob diese zu einer besseren Ausnutzung des Produktionsapparates führen wird. Es hat eine Fehlleitung von Produktionsfaktoren, insbesondere vom Kapital stattgefunden, und so ein Mißverhältnis der einzelnen Glieder der Volkswirtschaft hervorgerufen. Durch einfache Lohnsenkung kann dieses Mißverhältnis nicht beseitigt, ja es kann sogar verstärkt werden. „Auf das entschiedenste ist zu bestreiten“, fährt Dr. Neisser fort, „daß eine allgemeine Lohnsenkung deshalb heilbringend ist, weil von ihr in einem Zeitraum von wenigen Monaten oder auch nur von ein, zwei oder drei Jahren eine Beseitigung der Arbeitslosigkeit erwartet wird. Fruchtbare Wirtschaftspolitik könnte aus der Erforschung der Ursachen der gegenwärtigen Depression und Kapitalknappheit einiges lernen, wie durch zweckmäßige Kapitalverwendung, durch organisierte Kapitalheranziehung aus dem Ausland, durch bessere Ausnutzung vorhandener Produktionsmöglichkeiten die Schwierigkeiten der deutschen Volkswirtschaft, wenn auch nicht so schnell, so doch mit größerer Sicherheit beseitigt werden.“

Es sind also nicht nur die Gewerkschaften, die den Humbug erkennen, durch Lohnsenkung die Arbeitslosigkeit beseitigen zu wollen.

Geringer Schuhverbrauch

Nach einer Berechnung des Reichsverbandes der Schuhindustrie wurden im Jahre 1929 72,86 Millionen Paar Schuhe hergestellt. Zieht man von der Gesamtproduktion die Ausfuhr in Höhe von 2,75 Millionen Paar ab und zählt die Einfuhr von 2,15 Millionen Paar hinzu, so ergeben sich rund 72,3 Millionen Paar, die in Deutschland in einem Jahr verbraucht werden. Unter Zugrundelegung der Bevölkerung des Reiches mit 63,6 Millionen Einwohner entfällt somit auf den Kopf der Bevölkerung im Durchschnitt 1,14 Paar Lederschuhe je Jahr. Dieser Verbrauch an Schuhwerk ist äußerst gering. In den Vereinigten Staaten ist er mehr als doppelt so hoch. Auch der Vertriebsverbrauch war nach Schätzungen wesentlich höher als die oben angegebene Zahl erkennen läßt. Es ist auch hier wie bei vielen anderen Dingen: die Schuhindustrie ist nur unzureichend beschäftigt, trotzdem der Bedarf der Bevölkerung an Schuhwerk ungeheuer groß ist. So mancher würde sich ein Paar Schuhe mehr kaufen, wenn er dazu in der Lage wäre.

Man kann nie eine Revolution machen; man kann immer nur einer Revolution, die schon in den tatsächlichen Verhältnissen einer Gesellschaft eingetreten ist, auch äußere rechtliche Anerkennung und konsequente Durchführung geben.

Eine Revolution machen wollen ist die Torheit unreifer Menschen, die von den Gesetzen der Geschichte keine Ahnung haben.

Eben deshalb ist es ebenso unreif und ebenso kindisch, eine Revolution, die sich bereits einmal in den Eingeweiden einer Gesellschaft vollzogen hat, zurückzudämmen und sich ihrer rechtlichen Anerkennung widersetzen oder einer solchen Gesellschaft oder einzelnen, die sich bei diesem Hebammiendienst beteiligen, den Vorwurf machen zu wollen, daß sie revolutionär seien. Ist die Revolution drin in der Gesellschaft, in ihren tatsächlichen Verhältnissen, so muß sie, da hilft nichts, auch herauskommen und in die Gesetzsammlung übergehen. (Ferdinand Lassalle: Politische Aufsätze.)